

### Die Pazifik-Politik der USA nach dem "Ende des Containment"

Czempiel, Ernst-Otto

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Czempiel, E.-O. (1990). *Die Pazifik-Politik der USA nach dem "Ende des Containment"*. (HSFK-Report, 7/1990). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-95719-3>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

HSFK-Report 7/1990



**HESSISCHE  
STIFTUNG  
FRIEDENS-UND  
KONFLIKT-  
FORSCHUNG**

Ernst-Otto Czempel

**Die Pazifik-Politik der USA  
nach dem 'Ende des Containment'**

HSFK-Report 7/1990

BIBLIOTHEK  
DER HESSISCHEN STIFTUNG  
FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG  
*Archiv*

Frankfurt am Main

**HESSISCHE  
STIFTUNG  
FRIEDENS UND  
KONFLIKT  
FORSCHUNG**

Ernst-Otto Czempiel

**Die Pazifik-Politik der USA  
nach dem 'Ende des Containment'**

HSFK-Report 7/1990  
August 1990

**BIBLIOTHEK  
DER HESSISCHEN STIFTUNG  
FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG**

**Copyright © by Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung Frankfurt**

**Adresse des Autors:**

**Hessische Stiftung  
Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)  
Leimenrode 29  
D-6000 Frankfurt/Main 1  
Telefon 069 / 550191  
Telefax 069 / 558481**

**ISBN 3-926197-77-3**

**DM 12,00**



## Z U S A M M E N F A S S U N G

Die durch den sowjetischen Rückzug eingeleitete Veränderung der Weltpolitik hat für die Vereinigten Staaten im pazifischen Raum wahrscheinlich noch mehr Änderungen hervorgerufen als im atlantischen. Während sie hier die Anpassungs- und Änderungsprobleme zusammen mit ihren NATO-Partnern lösen können, sind sie im Pazifik ganz auf sich gestellt. Die Militärallianz der SEATO hat sich mit dem Ende des Vietnam-Kriegs aufgelöst, der ANZUS-Pakt mit Australien und Neuseeland wurde von den Vereinigten Staaten gekündigt. Es fällt den Vereinigten Staaten allein zu, ihre Pazifikpolitik in die Zeit "nach der Eindämmung" überzuführen. Diese Anpassung betrifft vier Bereiche: die militärische Präsenz, die Steuerung des Machtgleichgewichtes, die Bearbeitung der wirtschaftlichen Konkurrenz durch Japan und die neuen Industriestaaten der Region und schließlich die Durchsetzung der Demokratie bei Alliierten, Freunden und Gegnern.

Mit seiner Ankündigung vom Dezember 1988, bis zum Jahre 1990 die sowjetischen Truppen um 500.000 Mann zu verringern, die Hälfte davon in Asien, hat der sowjetische Generalsekretär das Erscheinungsbild der Sowjetunion im pazifischen Raum erheblich verbessert und damit die USA vor die Notwendigkeit einer Antwort gestellt. Sie ist bislang sehr klein ausgefallen, beschränkt sich auf den Abzug von 5.000 Soldaten aus Japan. Den sowjetischen Aufforderungen zur Aufnahme von Gesprächen über die maritime Rüstungskontrolle haben sich die Vereinigten Staaten ebenfalls entzogen. Sie sehen angesichts der unsicheren Entwicklung in der Sowjetunion und den Unübersichtlichkeiten in der Region keinen Anlaß, ihre - vornehmlich maritime - militärische Präsenz zu verringern.

Vor die Notwendigkeit dazu werden sie ggf. von anderer Seite gestellt. Ihr Vertrag mit den Philippinen über die Benutzung der beiden Militärbasen läuft 1991 aus; ob und wie er verlängert wird, ist ungewiß. Darüber hinaus stößt die Anwesenheit amerikanischer Nuklearwaffen und Nuklearantriebe in der Region immer mehr auf Kritik. Sie führte zum Bruch mit Neuseeland und zum Ende des ANZUS-Paktes, sie verschärfte die Diskussion mit den Philippinen und sensibilisierte nach wie vor die in Japan. Aber auch die mikronesische Republik Palau verweigert die Stationierung amerikanischer Nuklearwaffen.

In dieser Situation planen die Vereinigten Staaten die Aufteilung der bisher von den philippinischen Basen geleisteten Funktion auf die Kooperation mit Singapur, Japan und Australien. Das Problem der mangelnden Akzeptanz amerikanischer Nuklearwaffen in der Region wird dadurch allerdings nicht gelöst. Es bleibt offen.



Die Machtpolitik der Vereinigten Staaten im Pazifik war bis zum Ende des Containment gekennzeichnet durch den Versuch, im Dreieck mit China und der Sowjetunion vor allem das Verhalten der Sowjetunion kontrollieren zu können. Diese Notwendigkeit ist jetzt entfallen, andererseits haben die verbesserten sowjetisch-chinesischen Beziehungen sowie die Rückkehr Chinas zu totalitärer Unterdrückung seiner Bevölkerung dieses Kalkül gänzlich überholt. Zwar bemühen sich die Vereinigten Staaten unter Bush darum, den Kontakt zu China nicht abreißen zu lassen. Sie haben aber erkannt, daß eine Lösung des Kambodscha-Problems ihre Zusammenarbeit mit Vietnam erfordert, was notwendigerweise die mit China tangiert. Die Perspektive, daß nach einer Lösung des Kambodscha-Problems die Beziehungen zwischen den ASEAN-Staaten und ganz Indochina sich erheblich verbessern und damit eine neue Machtfigur in Süd-Ost-Asien schaffen werden, hat zur Korrektur der amerikanischen Kambodscha-Politik im Juni 1990 beigetragen.

Nach wie vor nicht gebessert hat sich das Verhältnis zu Indien, das die Vereinigten Staaten wegen ihrer Beziehungen zu Pakistan und China vernachlässigt hatten. Eine Korrektur steht hier noch aus; sie wäre um so dringlicher, als ein neuer Konflikt um Kaschmir immer wahrscheinlicher wird.

Nachdem die sowjetische Bedrohung sich erheblich gemildert hat, schieben sich die Probleme des wirtschaftlichen Wohlstands und der wirtschaftlichen Entwicklung immer weiter in den Vordergrund. Davon werden vor allem die Beziehungen der USA zu Japan betroffen, das zur Weltwirtschaftsmacht Nr. 2 aufgerückt und auch zu einer pazifischen Regionalmacht geworden ist. Japanischer Kapitalexport trägt maßgeblich zur Deckung des amerikanischen Haushaltsdefizits bei; andererseits ist der japanische Warenexport die Hauptquelle des amerikanischen Handelsdefizits. Die amerikanisch-japanischen Handelsbeziehungen sind durch diese anhaltende Form der Konkurrenz nachhaltig belastet worden und beschädigen inzwischen auch die politischen Beziehungen. Die im Frühjahr 1990 erfolgte Teileinigung hat ebenso wie die Structural Impediments Initiative bisher keine grundsätzliche Wandlung heraufgeführt.

Japan hat, vor allem auf Drängen der Reagan-Administration, seine militärische Präsenz im Pazifik erheblich verstärkt; es ist inzwischen die viertgrößte Militärmacht der Welt überhaupt geworden. Es hat die Vereinigten Staaten in der Auslandshilfe abgelöst, es ist wirtschaftlich sowieso zum Brennpunkt der pazifischen Region geworden. Japans Konkurrenz ist daher nicht mehr nur wirtschaftlich, sondern auch politisch, was in den Vereinigten Staaten und in der pazifischen Region gleichermaßen Besorgnisse auslöst.

Neben das Interesse an wirtschaftlicher Entwicklung schiebt sich auch im Pazifik das an der Verwirklichung der Menschenrechte und der Demokratie. Die USA hatten es im Zeichen des Gegensatzes gegen die Sowjetunion bisher vernachlässigt. Sie müssen jetzt registrieren, daß besonders die neueren Führungseliten ihnen diesen Verzicht zum Vorwurf machen. In den Philippinen, in Indonesien, in Südkorea und auf Taiwan sind Demokratisierungsprozesse in Gang gekommen, die sich durchaus auch als Aufstände und Revolutionen präsentieren. Den Vereinigten Staaten fällt hier die Aufgabe zu, den emanzipatorischen Kern dieser Prozesse zu erkennen und sie zu fördern. Treten diese Prozesse bei Gegnern wie China auf, so sind die USA gefordert, durch innovatives politisches Verhalten die Alternative zwischen der Tolerierung der Repression einerseits, der Beschädigung ihrer machtpolitischen Interessen andererseits zu vermeiden. Die notwendige Anpassung der amerikanischen Pazifikpolitik an die Bedingungen der Zeit "nach dem Containment" betreffen sowohl die Inhalte wie den Stil. Hier muß die Politik der Vereinigten Staaten enthegemonialisiert, also in eine Beziehung übergeführt werden, die Führung in der Kooperation entwickelt.

## INHALT

	Seite
Zusammenfassung	I - III
1. Einleitung	1
2. Von der Eindämmung der Sowjetunion zur Sicherheit im pazifischen Raum	4
2.1. Funktionswandel der Militärpräsenz	4
2.2. Die Zukunft der Basen und der Nuklearwaffen	9
2.3. ZOPFAN und South Pacific Nuclear Free Zone	15
2.4. Japan	16
2.5. Guam und Palau	18
2.6. Australien	19
2.7. Perspektiven	21
3. Der Zerfall der Dreieckspolitik	23
3.1. China	23
3.2. Pakistan und Indien	26
4. Die japanische Herausforderung	29
4.1. In der Region	29
4.2. In der Auslandshilfe	30



	<b>Seite</b>
4.3. In der regionalen Zusammenarbeit	32
4.4. In der Wirtschaftskooperation	33
5. Führungspolitik unter den Bedingungen von Polyarchie und Multipolarität	36
5.1. Guam und die ehemaligen Treuhandgebiete	36
5.2. Philippinen, Südkorea, Taiwan	37
5.3. China, Indien und Indonesien	39
6. Die neuen Prioritäten: Wohlstand, Entwicklung und Sicherheit	43
Anmerkungen	45

## 1. Einleitung

Präsident George Bush fand bei seinem Amtsantritt eine beruhigte Weltlage vor. Das Verhältnis zur Sowjetunion war entspannt, war gekennzeichnet durch den Abrüstungsvertrag über die Mittelstreckenraketen und durch den fast fertiggestellten Vertrag über die Verringerung der strategischen Offensivwaffen. Die Sowjetunion hatte ihre Afghanistan-Invasion beendet und sich aus dem Land zurückgezogen; sie hatte in die Friedensregelung in Angola eingestimmt, die Hilfslieferungen an Nicaragua gekürzt, die Vietnamesen zum Rückzug aus Kambodscha bewogen und ihre Truppen an der sowjetisch-chinesischen Grenze verringert. Sie hatte im konventionellen Bereich die Notwendigkeit zur asymmetrischen und einseitigen Kürzung ihrer Truppen und Waffen zugestanden. Vor allem hatten die von Gorbatschow eingeleiteten tiefgreifenden Prozesse der Demokratisierung und der Wirtschaftsreform in der Sowjetunion die Glaubwürdigkeit des Wandels der sowjetischen Außenpolitik unterstrichen. Es hatte sich nicht nur die Rhetorik geändert, sondern - und zwar als Folge wie als Voraussetzung der internen Reformen - auch Konzept und Praxis der sowjetischen Weltpolitik. Als deren vielleicht wichtigsten Ausdruck ließ die Sowjetunion grundlegende, den Kommunismus maßgeblich verändernde Reformen in Osteuropa zu. Es waren diese Vorgänge, die den amerikanischen Präsidenten George Bush veranlaßten, anläßlich des vierzigsten Jahrestages der NATO bei seiner Rede in Mainz von der Möglichkeit einer Zukunft "jenseits der Eindämmung" zu sprechen. Sie ist nach der revolutionären Abschaffung des Kommunismus in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und der DDR 1990 zur Gegenwart geworden.

Sie stellt auch das Konzept und die Praxis der bisherigen amerikanischen Weltpolitik zur Disposition. Sie war maßgeblich, wenn auch nicht ausschließlich, darauf gerichtet gewesen, die von der Sowjetunion ausgehenden militärischen und politischen Bedrohungen abzuwehren. Diese Aufgabe wird in Zukunft zwar nicht entfallen; wenn sie aber an Relevanz verliert, müssen sowohl der Zielkatalog der amerikanischen Weltführungspolitik wie die Mittel und Instrumente neu gefaßt werden. Politik und Strategie der Eindämmung verlieren an Bedeutung, wenn die Notwendigkeit, sie einzusetzen, sich abschwächt. Davon werden die Aufrüstung und die Militärallianzen betroffen, denen die Politik der Eindämmung maßgeblich anvertraut worden war. Neue Strategien müssen konzipiert werden, die der neuen Weltlage, den sich neu ergebenden Kräftekonstellationen und den daraus resultierenden neuen Problemfiguren Rechnung tragen können.

Das gilt insbesondere für den pazifischen Raum. In Europa ist die Machtverteilung nach wie vor stabil, beruht die Interessenidentität zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa nicht nur auf dem Gegensatz zur So-



wjetunion, sondern auf zahlreichen Gemeinsamkeiten wirtschaftlicher, politischer und kultureller Natur. In Zentral- und Lateinamerika war zu keiner Zeit die militärische, sondern stets immer nur die politisch-ideologische Herausforderung der Sowjetunion präsent gewesen, und zwar als zusätzliches Element in einer endogen schwierigen Situation. In Afrika haben der Rückzug der Kubaner und der Abzug der Sowjetunion den Status quo ante 1974 wiederhergestellt, in dem die sicherheitspolitischen Interessen des Westens vornehmlich durch Großbritannien und Frankreich, die wirtschaftspolitischen durch die Europäische Gemeinschaft betreut wurden. Im pazifischen Raum hingegen würde eine Transformation der amerikanisch-sowjetischen Konkurrenz überdeutlich sichtbar machen, was schon seit längerem zu erkennen war, nämlich daß die Anrainerstaaten aufgrund ihrer wirtschaftlich-politischen Emanzipation ein Interesse an Autonomie und Selbständigkeit entwickelt haben, das sich nicht mehr fugenlos in den amerikanischen Führungsanspruch eingliedern läßt. Das gilt für Alliierte wie Japan und Neuseeland, für die große Gruppe der ASEAN-Staaten, aber auch für die kleinen Staaten in Polynesien, Melanesien und Mikronesien. Wenn gegenüber den asiatischen Großmächten China und Indien von einem amerikanischen Führungsanspruch zu keiner Zeit gesprochen werden konnte, so gewinnen sie durch die Rückbildung des amerikanisch-sowjetischen Gegensatzes eine erweiterte Handlungsfreiheit, die zu beeinflussen einen sehr viel größeren und vor allem andersartigen Aufwand der Vereinigten Staaten erforderlich macht.

Die Militärallianz der SEATO ist in den Wirren des Vietnam-Krieges untergegangen, der ANZUS-Pakt mit Australien und Neuseeland steht infolge der Verwirrungen über die Nuklearfrage zur Disposition, jedenfalls vorübergehend. Die amerikanischen Stützpunkte auf den Philippinen sehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Japan ist, von den USA selbst beharrlich gedrängt, inzwischen wieder zur militärischen Vormacht im Pazifik geworden und damit weniger geneigt, amerikanische Interessen zu honorieren. Vor allem ist Japan zur wirtschaftlichen Vormacht des Westens aufgestiegen, verbindet die Haltung des Partners immer mehr mit der des Konkurrenten, der im Begriff steht, im Pazifik eine Yen-Zone aufzubauen. Damit wenden sich die Blicke in vielen asiatischen Hauptstädten rascher nach Tokio als nach Washington, was zwar die USA wirtschaftlich entlastet, sie aber gleichzeitig politisch entmachtet.

Anders als in Lateinamerika und Afrika kann die Sowjetunion in Asien mit Recht behaupten, eine pazifische Macht zu sein; seit Gorbatschows berühmter Rede in Wladiwostok hat sie den durch die Flottenkonzentration unter Breschnew angemeldeten militärischen Mitspracheanspruch durch den politischen ergänzt. Ob er dort attraktiv und deswegen effektiv ist, bleibt zu prüfen; er wird jedenfalls auch in der Ära von Perestroika und



Glasnost erhoben und damit zu einer neuen Herausforderung der Vereinigten Staaten.

In der Zukunft jenseits des Ost-West-Konflikts verlangt die pazifische Seite sehr viel mehr innovationsbereite Aufmerksamkeit als die atlantische. Im pazifischen Raum, in dem sich die Vereinigten Staaten nach ihrem Rückzug aus Indochina auf eine Warteposition verlegt hatten, muß die zukünftige Politik von Anfang an neu gestaltet werden. Nur in der Sicht der amerikanischen Marine ist der Pazifik noch ein "American lake". Unter politischen Gesichtspunkten muß der Raum eher als mare incognitum bezeichnet werden. Die wirtschaftliche Bedeutung des pazifischen Beckens nimmt ständig zu, und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Vereinigten Staaten, wie ihr Handelsdefizit gerade gegenüber den pazifischen Staaten zeigt, kontinuierlich ab. Wenn die Vereinigten Staaten ihre Pazifik-Politik auf die Zeit "nach der Eindämmung" einstellen, werden sie vor allem Rücksicht nehmen müssen auf die veränderte Bedrohungslage, das gestiegene politische Selbstbewußtsein sowie das gewachsene Wirtschaftspotential in der Region.

## 2. Von der Eindämmung der Sowjetunion zur Sicherheit im pazifischen Raum

### 2.1. Funktionswandel der Militärpräsenz

Der tiefgreifende Wandel, den Michail Gorbatschow der sowjetischen Weltpolitik verordnet hat, betrifft auch den asiatisch-pazifischen Raum. Hier waren in der Ära Breschnew sowjetische Streitkräfte geradezu konzentriert worden. Die Fernost-Flotte war die stärkste der vier sowjetischen Flotten, verfügte über 2 Flugzeugträger, 84 Kriegsschiffe, 90 andere U-Boote und 32 mit strategischen Nuklearwaffen ausgerüstete Unterseeboote.(1) Dazu kamen seit 1985 drei Raketenkreuzer verschiedener Klassen. 57 Divisionen standen im Fernen Osten, davon 5 in der Mongolei. Hinzu kamen 250 Bomber sowie 250 Angriffs- und Aufklärungsflugzeuge. Zusätzlich gestützt auf die von den Vereinigten Staaten bei ihrem Rückzug aus Vietnam hinterlassenen Basen konnte diese sowjetische Streitmacht den gesamten Pazifik abdecken und versuchen, die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Vorteile zu erringen, die eine solche militärische Vormachtstellung mit sich bringt.

Diese in den USA vorherrschende Einschätzung war sicherlich zu jeder Zeit eine Überschätzung. Die militärische Vormachtstellung im Pazifik kam eindeutig den Vereinigten Staaten zu. Ihre Siebte Flotte ist in Japan stationiert und verfügt gewöhnlich über 8 Unterseeboote, 2 Kreuzer, 20 Kriegsschiffe und 40.000 Mann - das ist fast die Hälfte der Gesamtstärke der amerikanischen Marine. Die Dritte Flotte ist in Hawaii zu Hause und wird zusätzlich von den Vereinigten Staaten und von Alaska aus versorgt. Sie verfügt über 28 U-Boote, 4 Flugzeugträger und 72 Kriegsschiffe. Beide Flotten werden unterstützt durch die Pacific Submarine Force, die 42 Angriffs-U-Boote und 8 Unterseeboote mit strategischen Offensivwaffen besitzt. Hinzu kommt ferner das Marinecorps, das in Japan, in Kalifornien und in Hawaii stationiert ist. Hinzu kommt nicht zuletzt die mächtige U.S. Pacific Air Force mit ihren Stützpunkten auf Hawaii und auf den Philippinen. Diese Luftwaffe verfügt über 300 Kampf- und Aufklärungsflugzeuge.(2)

Wenn es auch nicht einfach ist, die Marinestreitkräfte beider Seiten miteinander zu vergleichen(3), so steht die amerikanische Überlegenheit nicht in Frage. Zum Beginn der neunziger Jahre wird die amerikanische Marine im Pazifik nicht von der sowjetischen Stärke, sondern von deren Verringerung betroffen. Generalsekretär Gorbatschow gab in seiner Rede vor der UN-Generalversammlung am 7.12.1988(4) die Kürzung der sowjetischen Streitkräfte innerhalb der nächsten zwei Jahre um 500.000 Mann bekannt. Nach Berechnung des Pentagon wird fast die Hälfte dieser Truppenreduzie-



rungen, nämlich 40%, in Asien stattfinden.(5) Sie würden den Druck auf China verringern, gegen das 50 der 58 sowjetischen Divisionen gerichtet sind.

Im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis hingegen zählen ausschließlich See- und Luftstreitkräfte. Die Pazifikflotte will Gorbatschow ebenfalls verkleinern, doch ist offen, ob dabei nicht nur alte Schiffe ausgemustert und durch weniger, aber modernere Schiffe ersetzt werden. Sinkt die Zahl der Einheiten, so kann die Kampfkraft sehr wohl steigen.(6)

Obwohl die von Gorbatschow angekündigten und inzwischen begonnenen Streitkräftereduzierungen der Sowjetunion das amerikanisch-sowjetische Kräfteverhältnis im Fernen Osten also nur unwesentlich berühren, sind sie in der Region mit großem politischen Interesse und großer Zustimmung aufgenommen worden. Dem sowjetischen Generalsekretär ist es gelungen, die Initiative bei der Entspannung im pazifischen Raum an sich zu reißen. (7)

Dazu diente nicht nur die angekündigte Truppenverringering. Seitdem Gorbatschow an das Ruder der Sowjetunion getreten ist, hat er die Breschnewsche Weltpolitik grundlegend korrigiert.(8) Er hat die sowjetischen Truppen aus Afghanistan abgezogen, Vietnam zum Rückzug aus Kambodscha angehalten, den Waffenstillstand in Angola maßgeblich befördert und die Unterstützung der Sandinisten in Nicaragua gekürzt. Mit der Verringerung der Truppen an der sowjetisch-chinesischen Grenze hat er alle Voraussetzungen erfüllt, die in Peking an die Verbesserung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen geknüpft worden waren.

Es ist diese Palette der Leistungen Gorbatschows, auf der die Truppenverringering nur eine weitere Farbe darstellt, die im pazifischen Raum den Eindruck vom Friedenswillen Moskaus und die Nachfrage nach einem äquivalenten Verhalten Washingtons entstehen ließ. Gorbatschow hat mit seiner Politik das Versprechen eingelöst, das er im Juli 1988 mit seiner Rede in Wladiwostok(9) abgegeben hatte, nämlich die Beziehungen zu allen Ländern in der Region ohne Ausnahme zu verbessern. In der sowjetischen Diplomatie wurde der Ideologe durch den Weltmann abgelöst, der beispielsweise in Manila den Zugang zur Gesellschaft und in Port Moresby die Zustimmung der Regierung zur Errichtung einer sowjetischen Botschaft fand.

Diese Offensive des Lächelns hatte keine unmittelbar konkretisierbaren Erfolge vorzuweisen. Es gab keine "hardware", die Moskau in der Region hätte anbieten können, vor allem keine wirtschaftliche. Näheres Zusehen ergibt auch, daß die Sowjetunion zwar ihre Truppen aus Afghanistan, nicht aber ihre Hand aus diesem Land zurückgezogen hat, daß sie in Kambo-



dscha den Rückzug der vietnamesischen Truppen mit vermehrter sowjetischer Waffenhilfe an die Regierung in Phnom Penh kompensierte.(10)

Dennoch änderte sich das Erscheinungsbild der Sowjetunion unter Gorbatschow im pazifischen Raum rapide und grundlegend. In Singapur wurde schon im Juni 1988 registriert, daß das Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion in Südostasien "praktisch verschwunden" war.(11) Die philippinische Staatspräsidentin Corazon C. Aquino wollte den Wandel der sowjetischen Politik mit einem Besuch in Moskau honorieren und schickte, nachdem ihr die Amerikaner abgeraten hatten, wenigsten ihren Außenminister. In den ASEAN-Staaten war man um so eher geneigt, Gorbatschow beim Wort zu nehmen, als die politische Aufmerksamkeit stets mehr den Chinesen als der Sowjetunion gegolten hatte, die schon die geographische Distanz daran hinderte, Südostasien zu den Zonen vitaler Sicherheit zu rechnen. Um so eher akzeptierte Indonesien die Offerte verbesserter sowjetisch-indonesischer Beziehungen, zumal sie auch wirtschaftlich attraktiv zu sein versprachen.(12) Moskau gilt nicht als das Hauptproblem Südostasiens. Mag sich die militärische Potenz der Sowjetunion nicht maßgeblich verringert haben - Gorbatschow hat mit seinen politischen Initiativen den Kontext verändert, in dem diese militärische Stärke interpretiert wird.

Auf diesen Wandel der Bedrohungsperzeption stößt man überall im südlichen und im nördlichen Pazifik. Die Ausnahme bildet Tokio, das das traditionelle Feindbild der Sowjetunion nicht aufgehellt sehen will, bevor sie nicht die "Nördlichen Territorien" zurückgegeben hat. Überall sonst wird die von der militärischen Präsenz der Sowjetunion ausgehende Gefährdung zwar nicht verkannt, aber angesichts der von Gorbatschow veränderten politischen Koordinaten der sowjetischen Asienpolitik sehr viel beruhigter eingeschätzt.

Es ist diese Kontextveränderung, die, weil sie von den Vereinigten Staaten nicht mitgemacht worden ist, die amerikanische Verteidigungspolitik im Pazifik so veraltet aussehen läßt. Sie ist als solche ja nicht hinfällig geworden. Niemand bestreitet den Wert einer ausreichend großen amerikanischen Militärpräsenz, und zwar nicht nur wegen der Abschreckung der Sowjetunion. Ihr wird auch die Aufgabe zugewiesen, die wichtigen Seeschiffahrtsstraßen des Pazifik offenzuhalten, insbesondere die Straße von Malakka, durch die ein großer Teil der Routen zwischen dem Indischen und dem Pazifischen Ozean führt. Das liegt im Interesse aller Staaten des Pazifik. Sie müßten diese Aufgaben selbst wahrnehmen, wenn die USA sich zurückzögen. Vor allem die ASEAN-Staaten müßten ihren Rüstungsaufwand erheblich erhöhen, was sie nicht nur finanziell, sondern auch politisch stark belasten würde.



Für die Sicherheit der ASEAN-Gruppe ist ja nicht nur die Rivalität zwischen Moskau und Washington wichtig, sondern auch der Aufstieg Indiens zur militärischen und der Aufstieg der Volksrepublik China zur politischen Vormacht. Gäbe es die amerikanische Marine nicht, müßten die ASEAN-Staaten den Druck Chinas und die Machtinteressen Indiens allein abzufangen versuchen - ein aussichtsloses Unternehmen.

Die ASEAN-Gruppe bildet nur dem Namen, nicht der Substanz nach eine Einheit.(13) Die Rivalität zwischen ihren Mitgliedern ist bedeutend, die Sorge gegenüber Indonesien, dem militärisch stärksten Partner der Gruppe, groß. Sie wurde seit 1979 nur durch die Kritik an der vietnamesischen Invasion Kambodschas zusammengehalten; wird das Problem Kambodscha gelöst, dann löst sich dieses Bindemittel auf, treten die bilateralen Beziehungen der ASEAN-Staaten an westliche Industriemächte wieder deutlicher hervor: die der Philippinen und Thailands an die Vereinigten Staaten, die Singapurs and Malaysias an Großbritannien. Auch Jakarta bleibt in dieser Lage nichts anderes übrig, als Gleichgewichte zu unterhalten und zu pflegen, um in deren Anordnung die eigene Unabhängigkeit zu relativ geringen Kosten einzurichten.

An dieser Interessenstruktur war schon die Absicht der Reagan-Administration gescheitert, den ASEAN-Staaten einen größeren Beitrag zu ihrer eigenen Verteidigung aufzuladen. Die amerikanische Militärpräsenz erwies sich als derjenige Nenner, auf den allein sich die ASEAN-Staaten einigen konnten. Das schloß Nuancen in der Bewertung nicht aus, etwa zwischen Malaysia und Indonesien auf der einen, Singapur und den Philippinen auf der anderen Seite. Aber in dem Geflecht aus gegenläufigen Interessen, wechselseitigem Mißtrauen und unterentwickelten Kapazitäten erwies - und erweist - sich die amerikanische Militärmacht als derjenige Faktor, der die Sicherheit der Region gewährleistet, indem er die Sowjetunion austariert, Indiens Großmachtinteressen abbremst, die Zurückhaltung Chinas fördert und die Schutzinteressen der kleinen Staaten stellvertretend für alle wahrnimmt.

Die amerikanische Militärpräsenz reduziert auch die Japans. Washingtons Versuch, zugunsten stärkerer Lastenteilung Tokio zu immer höheren Aufrüstungsraten zu veranlassen, ist weder in Japan, geschweige denn im Pazifik, mit Zustimmung aufgenommen worden. Inzwischen hat die japanische Aufrüstung die magische Grenze von einem Prozent des BSP überschritten, hat sich Japan bereit erklärt, den Schutz der Seewege im Umkreis von 1000 Seemeilen zu übernehmen. Japan müßte seine militärische Rolle erheblich vergrößern, wenn die Vereinigten Staaten sich aus dem nördlichen Pazifik zurückzögen, und die Marinebasis der Siebten Flotte in Yokosuka schließen. Japan müßte dann die von den Vereinigten Staaten aufgegebenen



nen Militärfunktionen übernehmen. Unter dieser Perspektive ziehen alle Pazifik-Staaten die amerikanische Präsenz entschieden vor. Es symbolisiert diese Situation, wenn sich Japan bereit erklärt hat, 1990 50% und im Laufe der Dekade einen noch größeren Anteil der amerikanischen Stationierungskosten zu finanzieren, um den Vereinigten Staaten ihre Funktion als militärische Schutzmacht zu erleichtern.

Die amerikanische Militärpräsenz im Pazifik hat also längst aufgehört, lediglich der Verteidigung gegenüber der Sowjetunion zu dienen. Sie hat die Funktion einer Stabilität und Ordnung garantierenden Macht übernommen, die zwar nicht neutral, aber doch am besten imstande ist, den Bestand an identischen oder doch wenigstens analogen Interessen der Region zu bündeln. Wenn diese Leistung weniger und weniger die Anerkennung findet, die sie verdient, dann liegt das in der schon erwähnten Vernachlässigung des Kontextes. In einer Zeit, in der Politik und Wirtschaft eindeutig Vorrang erhalten haben vor der Verteidigung, reicht deren Instrumentarium nicht mehr aus, um auch den amerikanischen Einfluß zu sichern. Wenn die USA sich nicht mit der Rolle eines pazifischen Hilfssheriffs abfinden wollen, der für die notwendige Ordnung sorgt, während die pazifischen Staaten ihren eigenen Interessen nachgehen, dann müssen sie ihre Militärpräsenz einbetten in ein neues politisch-wirtschaftliches Konzept für den pazifischen Raum. Erst in einem solchen neuen Kontext gewinnt auch die Militärpräsenz eine definierbare und damit auch eine akzeptierbare Funktion.

Für die Pazifik-Anrainer bedeutet die Anwesenheit der amerikanischen Streitkräfte den kleinsten gemeinsamen Nenner der pazifischen Sicherheit, auf den sie sich noch am ehesten verständigen können. Das gilt natürlich nicht für die Sowjetunion, für Nordkorea und Vietnam, obwohl es in gewisser Weise auch für sie gilt: bei zunehmender Entspannung zwischen den beiden Supermächten tritt die Bedeutung einer allgemeinen Stabilisierungs- und Ordnungsfunktion immer deutlicher hervor. Und sie wird in erster Linie von den Vereinigten Staaten wahrgenommen.

Bei den westlich orientierten Staaten dieses Raumes ist diese Funktion ohnehin unbestritten. In Frage gestellt aber wird zunehmend die hegemoniale Form ihrer Ausführung. Viel weniger noch als in Europa haben sich die Vereinigten Staaten im Pazifik imstande gesehen, ihren Führungsanspruch mit den Regionalstaaten zu teilen, deren Gleichberechtigung anzuerkennen und deren Mitsprache zu akzeptieren. Sie haben sich noch nicht darauf eingestellt, daß aus den einst abhängigen, unterentwickelten und daher jede amerikanische Entscheidung automatisch akzeptierenden Gesellschaften Staaten geworden sind, die sich als unabhängig und autonom verstehen, deren Gesellschaften immer mehr darauf drängen, von den USA als gleichberechtigt angesehen und zur Kooperation aufgefordert zu werden. Diese



Forderungen laufen weder auf die Vertreibung der USA noch darauf hinaus, deren Entscheidungsfreiheit einzuschränken. Was sich ändern muß, ist die Erwartung in Washington, daß amerikanische Entscheidungen ohne weiteres von den pazifischen Staaten ausgeführt werden. Der hegemoniale Unilateralismus, der über viele Dekaden der Nachkriegszeit von Washington praktiziert und damit dort zur Gewohnheit wurde, ist disfunktional geworden. Die Pazifik-Politik der USA droht an ihrem Erscheinungsbild, nicht an ihrer Substanz zu scheitern.

## 2.2. Die Zukunft der Basen und der Nuklearwaffen

Das Paradebeispiel für diesen Widerspruch zwischen Form und Funktion bot die einseitige Auflösung des ANZUS-Paktes mit Neuseeland; das Schulbeispiel dürfte wohl die Zukunft der amerikanischen Basen auf den Philippinen abgeben.

Am 11. August 1986 kündigten die USA einseitig ihre Verpflichtungen aus dem ANZUS-Vertrag mit Neuseeland, weil Wellington eine Erklärung von ihnen verlangte, ob einlaufende amerikanische Schiffe Kernreaktoren oder Kernwaffen an Bord hatten. Neuseeland berief sich auf die antinukleare Stimmung seiner Bevölkerung, die durch die französischen Atomtests zusätzlich angeheizt wurde; die USA beriefen sich auf die Politik des "neither confirm nor deny" (NCND).(14)

Mit etwas mehr Fingerspitzengefühl auf beiden Seiten hätte sich der Anlaß umgehen, die Konfrontation vermeiden lassen; so aber kam es anläßlich des Besuchs des nicht eindeutig nuklearwaffenfreien amerikanischen Kriegsschiffs "Buchanan" zur Kollision zwischen den beiden Souveränitätsansprüchen. Wellington bestand auf seinem Recht, die Ladung einlaufender Schiffe zu kennen, Washington auf dem seinen, aus Sicherheitsgründen Nuklearwaffen nicht zu deklarieren. Eine Serie amerikanischer Repressalien gegen Neuseeland fand ihren krönenden Abschluß in der Sistierung des ANZUS-Vertrages. Die ungeschickte Steuerung des Konfliktes, die hegemoniale Attitude gegenüber dem kleineren Neuseeland hatten die USA um einen wichtigen, loyalen und befreundeten Partner gebracht. Den USA unter Reagan galt die Bewahrung ihrer militärischen Handlungsfreiheit mehr als die politische Kooperation eines Verbündeten, die Aufrechterhaltung der hegemonialen Form rangierte weit oberhalb der Bewertung der sicherheitspolitischen Funktion.

Was sich beim Bruch mit Neuseeland andeutete, nämlich daß die USA eher sicherheitspolitische Nachteile in Kauf nehmen als die Gleichberechtigung ihrer Alliierten akzeptieren und berücksichtigen würden, spielt sich seit Jahren und mit voller Brisanz im Verhältnis zu den Philippinen ab. Manila



verlangt immer mehr philippinische Mitbestimmung über das, was auf und mit den amerikanischen Militärbasen geschieht; Washington findet sich nur langsam und mühsam mit den aus dem gewachsenen philippinischen Souveränitätsbewußtsein stammenden Mitspracheansprüchen ab. Auch hier wird die Mitbestimmung über die Anwesenheit amerikanischer Nuklearwaffen der Tropfen sein, der das Faß zum Überlaufen bringt.

Im Unterschied zu Neuseeland, dessen geographische Position ihm strategische Bedeutung eigentlich nur für den Südpazifik verleiht, besitzen die Philippinen eine geostrategisch entscheidende Lage. Subic Bay und Clark Air Base sowie die dazugehörigen vier weiteren, aber kleineren Basen auf den Philippinen können in ihrer Bedeutung für die amerikanische Pazifikstrategie kaum überschätzt werden. Sie sind es, die die Kontrolle der Seewege zwischen dem Südchinesischen Meer und dem Indischen sowie dem Pazifischen Ozean erlauben; sie schließen den Riegel, den Japan gegenüber der sowjetischen Pazifik-Küste bildet, nach Süden hin ab und schützen dabei auch Taiwan, kontrollieren die Chinesen. Die Einrichtungen sind die größten und wichtigsten, die die USA außerhalb ihres Mutterlandes unterhalten. Vor allem die Marinebasis bietet erstklassige Voraussetzungen für die Stationierung großer Marine-Einheiten. Von den Philippinen aus können Japan, Guam, Singapur und Korea in vier Flugstunden bzw. fünf Schiffstagen erreicht werden; die Entfernung zu Diego Garcia im Indischen Ozean beträgt acht Flugstunden oder acht Schiffstage.(15)

Dieser strategische Wert der Philippinen wird durch die Anwesenheit sowjetischer Schiffe und Flugzeuge in Südvietnam, die dort die amerikanischen Basen Da Nang und Cam Ranh Bay übernommen haben, nur unwesentlich erhöht. Die Basen auf den Philippinen sind und bleiben die Drehscheibe für die amerikanische Seeherrschaft im Pazifik. Sie befinden sich in einem Land, das mit den Vereinigten Staaten bis 1946 als Kolonie, danach sowohl als Bündnispartner (mit dem Mutual Defense Treaty vom 30. August 1951) wie als Wirtschaftspartner eng verbunden ist. Die beiden Basen nahe der Hauptstadt Manila sind für die Philippinen von großer wirtschaftlicher Bedeutung, weil sie zahlreiche Arbeitsplätze schaffen und über die kompensatorische Auslandshilfe der USA den Philippinen dringend benötigte Einnahmen bringen. In der philippinischen Gesellschaft ist der American Way of Life verwurzelt und akzeptiert, werden die Amerikaner nach wie vor als eine Nation von Freunden angesehen.

Trotz dieser beiderseitigen Interessenkomplementarität kann nicht ausgeschlossen werden, daß der Nutzungsvertrag für die Basen über den 15. September 1991 hinaus, an dem er ausläuft, nicht mehr verlängert wird. Die Ursachen, die ihn gefährden, beleuchten geradezu exemplarisch die Probleme, die sich der eigentlich von allen Seiten gewünschten andau-



ernden Präsenz des amerikanischen Militärs im Pazifik entgegenstellen. Es fiel - und fällt - den Vereinigten Staaten schwer, praktische Konsequenzen aus der von ihnen nie in Frage gestellten Souveränität und Entscheidungsfreiheit der pazifischen Länder zu ziehen, sich auf eine wirklich gleichberechtigte Kooperation mit ihnen einzulassen und dabei zu berücksichtigen, daß für die meisten von ihnen das Interesse an ihrer wirtschaftlichen Entwicklung mindestens so groß ist wie das am Schutz gegenüber der Sowjetunion. (16)

Am 17. Oktober 1988 unterzeichneten die beiden Außenminister Shultz und Manglapus das Memorandum of Agreement der letzten Überprüfung des Militärbasen-Abkommens von 1947. Die fünfjährigen Überprüfungen waren 1979 verabredet worden. Da aber der Vertrag, der ursprünglich auf 99 Jahre gelautet hatte, 1966 auf 25 Jahre beschränkt wurde, war die Überprüfung von 1988 die letzte in der vorgesehenen Laufzeit des Abkommens bis 1991. Der Abschnitt VII des Abkommens von 1988 überließ den Philippinen alle Gebäude und Versorgungseinrichtungen auf den Basen, und zwar umsonst. (17) Erst 1979, unter Carter, hatten die Vereinigten Staaten die formale Rechtshoheit der Philippinen über die Basen anerkannt, die seitdem unter einem philippinischen Oberkommandierenden standen und die philippinische Nationalflagge führten. Seit 1954 der Justizminister der USA Herbert Brownell die 200.000 Hektar auf den Philippinen praktisch als amerikanisches Eigentum ausgegeben hatte, hatten die Philippinen um die Anerkennung ihrer Eigentumsrechte gekämpft, auch um die Geltung des philippinischen Rechts auf den Basen. Das Arbeitsrecht der Philippinen wurde auch 1988 noch nicht angewendet.

Die Abkommen vom 7. Januar 1979 hatten - immerhin 32 Jahre nach dem Abschluß des Vertrages - einen weiteren philippinischen Wunsch erfüllt: den nach Entschädigung. Präsident Carter erklärte sich bereit, beim Kongreß Auslandshilfe in Höhe von 500 Millionen Dollar für die Philippinen zu verlangen. (18) Die Philippinen hatten sich mit ihrem Standpunkt durchgesetzt, daß die Basen nicht dem Schutz der Inseln, sondern den amerikanischen globalen Interessen dienten, die Philippinen also eine Dienstleistung für die Geopolitik der Vereinigten Staaten erbrachten. Zwar haben die Vereinigten Staaten niemals offiziell den Zusammenhang zwischen der Basennutzung und der Auslandshilfe anerkannt, den von der philippinischen Seite benutzten Begriff der "Miete" immer abgelehnt. Sie haben sich auch in der Höhe der Auslandshilfe den philippinischen Wünschen nicht gebeugt. Während Manila 1,2 Milliarden Dollar jährlich an amerikanischer Auslandshilfe gefordert hatte, hat Präsident Reagan 1988 481 Millionen Dollar bewilligt. (19) Dieser Betrag lag - obwohl er als amerikanische Konzession dargestellt wurde - noch unterhalb der Summe, die Präsident Carter 1979 in Aussicht gestellt hatte und ziemlich genau auf der Linie des Durchschnitts,



den die amerikanische Auslandshilfe an die Philippinen in den Jahren seit 1986 eingehalten hatte.(20)

Das Abkommen von 1988 wurde in den Philippinen um so lauter kritisiert, als der Sturz des Diktators Ferdinand Marcos` im Februar 1986 die Fesseln der Diktatur abgesprengt und die freie Meinungsäußerung eingeführt hatte. Die amerikanische Militärpräsenz auf den Philippinen geriet damit in die Kritik einer Öffentlichkeit, die zwar nach wie vor amerikafreundlich eingestellt, auf der anderen Seite aber auch auf die vorrangige Berücksichtigung der philippinischen Eigeninteressen ausgerichtet war. Mit diesem Maßstab gemessen, erwiesen sich die amerikanischen Basen als viel zu schwer. Schon als Präsidentschaftskandidatin hatte Frau Aquino 1984 in einem politischen Manifest gefordert, daß "ausländische Militärbasen auf philippinischem Territorium beseitigt werden müssen und danach keine ausländischen Militärbasen mehr zugelassen werden dürfen".(21) Diese Absicht fand sogar Eingang in die Überlegungen der Kommission, die die philippinische Verfassung von 1987 verfaßte. Während der Artikel II, Abschnitt 7 dieser neuen Verfassung die "nationale Souveränität, territoriale Integrität, das nationale Interesse und das Recht auf Selbstbestimmung" der Philippinen sowie die daraus folgende "unabhängige Außenpolitik" betont, sieht der Artikel XVIII, Abschnitt 25, der Übergangsbestimmungen ausdrücklich vor, daß ein Verlängerungsvertrag für die amerikanischen Basen vom Senat ratifiziert und, wenn der Kongreß der Philippinen es verlangt, von der Mehrheit der Bevölkerung in einem Referendum akzeptiert werden müsse.(22)

Die Zukunft ist damit so offen, wie die Präsidentin ihre Optionen halten will. Sie erklärte sich bereit, im Dezember 1989 mit den Verhandlungen über eine Verlängerung des Abkommens zu beginnen(23); es besteht kein Zweifel, daß die Präsidentin selbst an einer Erneuerung des Abkommens, natürlich unter veränderten Bedingungen, interessiert ist. Ebenso sicher ist, daß die Widerstände im philippinischen Senat erheblich sein werden. Die Vorsitzende seines außenpolitischen Ausschusses, Leticia Ramos Shahani, hat sich bei vielen Gelegenheiten für eine, wenn auch langsame, Beendigung der amerikanischen Basenbenutzung ausgesprochen; dafür tritt auch der Vizepräsident Salvadore H. Laurel öffentlich ein.(24) In Manila wird allgemein damit gerechnet, daß die Auslaufphase ungefähr 10 Jahre dauern wird, wobei der endgültige Zeitraum sehr stark danach bestimmt sein dürfte, wann und ob die Philippinen den Ausfall der Basen als Wirtschaftsfaktor kompensieren können. Bei einer Staatsschuld von 28 Milliarden Dollar, einem Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens zwischen 1982 und 1986 von 780 auf 550 Dollar und mit drei Vierteln der Bevölkerung unterhalb der Armutslinie werden Gesichtspunkte wirtschaftlicher Art eine bedeutende Rolle spielen.



Ob sie entscheidend sein werden, ist jedoch fraglich. Nach dem Sturz des Diktators Marcos durchzieht die Philippinen eine Welle des Bewußtseins von nationaler Unabhängigkeit und Selbständigkeit. Im Dezember 1989 startete das konservative, teilweise noch immer Marcos-freundliche Militär den vierten Umsturzversuch gegen Frau Aquino. Er konnte nur mühsam und nicht ohne direkten amerikanischen Eingriff - nebenbei: dem ersten amerikanischen Militäreinsatz in Südostasien seit 1975 - zurückgewiesen werden. Wer nach Frau Aquino kommt, wird nationaler und amerikakritischer denken als sie. Die USA haben es nicht verstanden, den Filipinos den Eindruck zu nehmen, sie seien der letzte noch verbliebene Satellit im Orbit der amerikanischen Weltmachtpolitik.(25) Der Besuch der philippinischen Präsidentin Aquino im Juli 1989 in der Bundesrepublik und in anderen westeuropäischen Staaten diente weniger den Interessen an wirtschaftlicher Hilfe (die freilich nicht unterschätzt werden sollten) als vielmehr der Dokumentation politischer Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten. Washington entscheidet, wer ein Einreisevisum in die Philippinen erhalten darf. Solch anachronistische Patronisierung verstärkt den Eindruck, daß Manila von Seiten der Vereinigten Staaten noch immer als untergeordneter Klient behandelt wird. Die Philippinen brauchten dreizehn Jahre, um nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion 1976 erstmals im Juni 1989 ihren Außenminister nach Moskau schicken zu können. Er erwiderte den Besuch des sowjetischen Außenministers im Dezember 1988. Vom Senatspräsidenten Jovito R. Salonga wird öffentlich berichtet, daß die Vereinigten Staaten ihn aus seinem Amt zu drängen versuchen, weil er gegen einen neuen Basen-Vertrag ist.(26)

Der amerikanische Kongreß unterschied sich in dieser Hinsicht nicht von der Administration. Er kürzte, gerade kurz bevor Verteidigungsminister Cheney im Februar 1990 die Philippinen besuchte, die amerikanische Militärhilfe so demonstrativ, daß die Präsidentin, die mit dem Minister die Erhöhung dieser Hilfe besprechen wollte, ebenso demonstrativ auf eine Begegnung mit Cheney verzichtete. Durch solche Großmachtallüren werden die vorhandenen sachlichen Differenzen erheblich verschärft.

Dieser Zusammenhang wird sich gerade bei der Akzeptanz der amerikanischen Nuklearwaffen bemerkbar machen. Das Abkommen von 1988 sieht die Zustimmung der Regierung der Philippinen vor, wenn die Vereinigten Staaten Kernwaffen oder chemische bzw. biologische Waffen oder Teile davon in den Philippinen stationieren wollen. Nicht unter diesen Paragraphen VI, 1 fallen wird der Transport solcher Waffen durch philippinisches Territorium bzw. der vorübergehende Aufenthalt amerikanischer Schiffe und Flugzeuge mit Nuklearwaffen an Bord.(27) Sollte es zu einer Erneuerung des Abkommens kommen, wird diese Bestimmung mit Sicherheit auf große Kritik stoßen. Im Artikel II, Absatz 8 der Verfassung der Philippinen ist vorgese-



hen, daß das Land "im Einvernehmen mit seinem Nationalinteresse eine Politik der Freiheit von Nuklearwaffen auf seinem Gebiet" verfolgen wird. Der philippinische Senat hat bereits im Juni 1988 eine Resolution verabschiedet, die diesen Verfassungsgrundsatz in Politik umsetzt. Allerdings hat das Repräsentantenhaus bis 1989 noch nicht zugestimmt.

Der amerikanische Außenminister Shultz hatte keinen Zweifel daran gelassen, daß die USA die Basen aufgeben und aus den Philippinen abziehen würden, wenn die vom Senat in Manila verabschiedete Resolution vom Haus übernommen und zum Gesetz werden würde. Sie verbot nicht nur die Stationierung von Nuklearwaffen und deren Test auf den Philippinen, sie schuf auch eine Kommission, die die Einhaltung dieser Bestimmung kontrollieren sollte. Die USA sollten verpflichtet werden zu berichten, welches Schiff und welches Flugzeug Nuklearwaffen mit sich führte; die Kommission sollte das Recht erhalten, ständig die Basen auf die Einhaltung dieser Verpflichtungen hin zu inspizieren.(28) Im August 1989 traten 12 der 23 Mitglieder des philippinischen Senats dafür ein, daß die Basen mit dem Auslaufen des Vertrages 1991 geschlossen werden.

In dieser Nuklearfrage stoßen nicht nur unterschiedliche politische Interessen aufeinander, deren Harmonisierung keineswegs als ausgeschlossen gelten könnte. Wichtiger ist die Kollision zweier Souveränitätsansprüche. Die Vereinigten Staaten bestehen auch gegenüber den Philippinen auf ihrem Recht, die Anwesenheit von Atomwaffen auf ihren Schiffen und Flugzeugen "weder zu bestätigen noch zu dementieren". Der Senat in Manila hat das Recht der Philippinen vorformuliert, darüber informiert zu werden, welche Waffen in das Territorium der Philippinen verbracht werden. Die USA haben bei Neuseeland bewiesen, daß sie lieber ein Bündnis scheitern und einen alten Bundesgenossen fallen lassen, als auf ihren Souveränitätsanspruch verzichten würden, Nuklearwaffen nicht zu deklarieren.

Natürlich spielen auch Aspekte der militärischen Geheimhaltung und Strategie in diese Entscheidung hinein; Washington will weder die Sowjetunion noch mögliche Terroristen nicht über die Dislozierung von Nuklearwaffen unterrichten. Dieser Aspekt müßte eine Information des Gastlandes aber nicht ausschließen, und so ist es der Anspruch auf Entscheidungsfreiheit der Supermacht, der den lediglich auf der formalen Souveränität beruhenden Informationsanspruch des kleineren Partners übergehen zu können glaubt. Auch die Administration Bush hat diese von Ronald Reagan eingenommene Haltung bis zur Mitte 1990 nicht korrigiert.



### 2.3. ZOPFAN und South Pacific Nuclear Free Zone

Die Ablehnung dieser hegemonialen Verfügungsansprüche der Vereinigten Staaten enthält die größte Gefahr für die Zukunft der amerikanischen Basen auf den Philippinen. Für die anderen - zahlreichen - substantiellen Probleme(29) sind Lösungen in Sicht, jedenfalls vorstellbar. So bot der Außenminister Singapurs George Yeo am 4. August 1989 den Vereinigten Staaten an, militärische Installationen in Singapur zu benutzen. Da Singapur bis dahin schon amerikanische Schiffe und Flugzeuge wartete und ihnen auch Lande- bzw. Hafenrechte gewährte, blieb offen, wie weit das Angebot Singapurs über die bisherige Praxis hinausging. Der Oberkommandierende der amerikanischen Streitkräfte im Pazifik, Admiral Huntington Hardisty, besuchte Mitte August 1989 Singapur, um die Offerte zu erörtern. Sie ist 1990 angenommen worden.

Malaysia, Brunei und Indonesien meldeten Widerspruch gegen die Pläne Singapurs an, zumal sie die Absichten der ASEAN-Staaten, in ihrem Gebiet eine Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität (ZOPFAN) zu errichten, erschwerten. Die ZOPFAN-Erklärung steht seit ihrer Verabschiedung am 27. November 1971(30) lediglich auf dem Papier, und Singapur macht zu Recht auf den Schaden aufmerksam, den der wirtschaftliche Aufstieg und die politische Stabilität in und zwischen den ASEAN-Staaten nehmen würden, wenn sich die Vereinigten Staaten aus den Philippinen zurückziehen müßten.(31) Diese Auffassung ist in allen ASEAN-Staaten bis hin nach Indonesien verbreitet. Sie sind deswegen - ausgesprochen oder unausgesprochen - für das Verbleiben der USA auf den Philippinen. Die amerikanische Schutzfunktion bliebe damit erhalten, die politische und militärische Problematik bliebe aber auf die Philippinen beschränkt, die sie bilateral mit den USA zu verhandeln hätten. Zwar werden alle ASEAN-Staaten von der amerikanischen Politik der Nicht-Deklaration ihrer Atomwaffen betroffen; kein Staat dieser Gruppe hat aber bisher ein Kontrollrecht gefordert. Das könnte sich ändern, wenn ZOPFAN zustande kommt, deren wahrscheinlich ebenfalls nur leichte Auflagen die Vereinigten Staaten ebenso ablehnen würden, wie sie nachdrücklich und nachhaltig die Auflagen der von den 13 Staaten des South Pacific Forum verabredeten atomwaffenfreien Zone ablehnen. Aber ZOPFAN besitzt auf absehbare Zeit keine Verwirklichungschancen, wohingegen die stabilisierende Funktion der amerikanischen Luft- und Seestreitkräfte wirksam und akzeptiert ist. Wenn sie die Philippinen verlassen müßten, verringern sich Stabilität und Sicherheit der ASEAN-Staaten erheblich. Sie haben also allen Anlaß, die Präsenz der USA auf den Philippinen zu erleichtern oder sie zu übernehmen. Eine Bereitschaft dazu ist, außer bei Singapur und, wenn auch eingeschränkt, bei Thailand, nicht zu erkennen. So bereiten sich die Vereinigten Staaten auf die Konsequenz daraus vor, daß das Basen-Abkommen 1991 nicht oder nur für einige Jahre verlängert werden wird.



Während die inneramerikanische Diskussion um einen Ersatz für die philippinischen Basen lange Zeit hindurch akademisch blieb, wurden 1989 erste Konsequenzen gezogen. Eine Schwadron von F-16 Jägern, eine Einheit des Transportflugzeuges vom Typ C-130 sowie eine Einheit von Nachrichtenschiffen wurden 1989 von den Philippinen nach Japan verlegt.(32) Einerseits sollte diese Verringerung der amerikanischen Präsenz die innerphilippinische Opposition beruhigen, andererseits läßt sich in dieser Maßnahme das Grundelement der Strategie erkennen, mit dem man in Washington auf eine Beendigung der Stützpunktverträge reagieren will: Diversifikation. Die philippinischen Basen sind als solche nicht zu ersetzen, weder der Lage noch dem Funktionsumfang nach. Die USA werden daher versuchen, die Funktionen aufzuteilen und dabei geographisch dem ursprünglichen Standort so nahe wie möglich zu kommen.

#### 2.4. Japan

Beide Kriterien treffen für Japan, das die ersten Verlegungen aufgenommen hat, nur begrenzt zu. Aber Japan ist die wichtigste militärische Bastion im Nordpazifik gegenüber der Sowjetunion. Japan kontrolliert die Meerengen, die die sowjetischen Schiffe passieren müssen, um in den Pazifik zu gelangen. Zusammen mit Südkorea kann Japan den wichtigen sowjetischen Hafen Wladiwostok abriegeln. Die Vereinigten Staaten haben noch immer 57 000 Soldaten in Japan stationiert, die dort sieben größere amerikanische Militärbasen bedienen.

Die militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und Japan im Rahmen des gemeinsamen Vertrages über Zusammenarbeit und Sicherheit von 1960 ist außerordentlich eng. Japan trägt 40% der amerikanischen Stationierungskosten und soll diesen Anteil, wenn es nach Washington geht, auf 60% erhöhen. Japan hat mit seinen Rüstungsausgaben die magische Grenze von 1% des BSP unter ständigem Druck Reagans zwar erreicht, aber nicht überschritten; dennoch ist es, weil sein BSP so groß geworden ist, mit Militärausgaben von 50 Mrd. DM pro Jahr zur drittstärksten Militärmacht der Welt geworden. Damit ist eine kritische Größenordnung erreicht worden, wobei die von den USA gewünschte und geforderte Entlastung auf dem Gebiet der Verteidigung zu einer neuen Belastung auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik werden kann: niemand im Pazifik möchte Japan als die beherrschende Militärmacht dort wiedersehen.(33)

Das setzt dem amerikanischen, vom Haushaltsdefizit erzwungenen und vom militärischen Rückzug der Sowjetunion politisch nahegelegten Wunsch nach weiterem burden sharing Grenzen. Die USA wollen bis 1993 10% ihrer in Ostasien stationierten 120 000 Soldaten abziehen, darunter 5-6000 aus Japan. Die Lücken sollen, wie Verteidigungsminister Cheney im Februar 1990



in Tokio sagte, von den Verbündeten geschlossen werden, ohne indes die politische Qualität der amerikanischen Präsenz zu ersetzen. Daran sind weder Washington noch Tokio interessiert, vermutlich nicht einmal Moskau, obwohl es die beabsichtigten Truppenkürzungen der USA im Vergleich mit den sowjetischen als marginal bezeichnete. Vielleicht noch stärker als in Europa gelten die USA in sowjetischen Augen in Asien als Stabilisator gegenüber ihren Verbündeten, die mit der Auflösung des Ost-West-Konflikts immer größere Handlungsfreiheit erreichen. Cheney hat denn auch in Japan unmißverständlich gesagt, daß das Inselreich die "linchpin" der amerikanischen Pazifikstrategie bleibe. Die amerikanische Präsenz in Japan ist gegenüber den Japanern, den südostasiatischen Staaten und nicht zuletzt auch gegenüber den Sowjets auf absehbare Zeit unerläßlich. Aus diesem Grund versprach Verteidigungsminister Cheney den 1991 auszumusternden Flugzeugträger "Midway", der in Yokosuka stationiert ist, zu ersetzen, und zwar mit der "Independence". Sie ist, wie die "Midway", mit einem konventionellen Antrieb ausgestattet. Cheney nahm damit Rücksicht auf die besonders hohe Sensibilität der Japaner gegenüber allem, was mit Kernwaffen zu tun hat.

Die amerikanischen Probleme gegenüber Japan sind aber damit nicht gelöst. Gerade die drei 1967 verkündeten Prinzipien der Nuklearfreiheit Japans verbieten auch die "Einführung" von Nuklearwaffen nach Japan, möglicherweise also eben auch den Transit amerikanischer Waffen auf amerikanischen Schiffen und Flugzeugen. (34) Der Wahlsieg der japanischen Sozialdemokraten im Oberhaus 1989, (35) der sich allerdings im Februar 1990 im - wichtigeren - Unterhaus nicht wiederholt hat, läßt es als möglich erscheinen, daß Tokio - ebenso wie Manila - wenn nicht einen amerikanischen Verzicht auf die Passage von nukleararmierten Schiffen, so doch zumindest eine Information darüber verlangen könnte. Die zunehmenden amerikanisch-japanischen Spannungen auf dem Gebiet des Handels und der Investitionen könnten aber eines Tages auch die liberale Regierung veranlassen, diesen Anspruch auf amerikanische Anerkennung der japanischen Souveränität auf die Information über amerikanische Nuklearwaffen auszudehnen. Aus dem amerikanischen Verhalten gegenüber Neuseeland würde dann ein Präzedens, mit dem sich die USA unter Druck setzen ließen. In Japan steht sehr viel auf dem Spiel, weil seine strategische Bedeutung ungleich höher ist als die Neuseelands. Zögen sich die USA zurück, würde das Vakuum nicht, wie im Falle Wellingtons, durch einen im Endeffekt doch verläßlichen Partner aufgefüllt und zusätzlich noch durch den Allianzpartner Australien überbrückt. Der Rückzug der USA würde notwendig die militärische Potenz Japans stärken und damit das ostasiatische Subsystem erheblich destabilisieren.



## 2.5. Guam und Palau

Das Problem der Akzeptanz amerikanischer Nuklearwaffen stellt sich nicht, wenn sich die Militärbasen auf amerikanischem Grund und Boden befinden. Das ist in Guam der Fall, das die Vereinigten Staaten seit 1898 als "unincorporated territory" besitzen, und auch bei Saipan und Tinian, zwei weiteren Inseln der Nördlichen Marianen, die sich seit 1976 als selbstregierendes Commonwealth in einer politischen Union mit den Vereinigten Staaten und unter deren Souveränität befinden.(36) Guam war - und ist - der wichtigste amerikanische Stützpunkt im westlichen Pazifik. Die Insel ist zwar klein und deswegen nicht unbegrenzt aufnahmefähig; seine Landebahnen sind jedoch größer als die auf den Philippinen. Die Insel Tinian, rund 300 km nördlich von Guam, diente schon im Zweiten Weltkrieg als Luftwaffenstützpunkt. Die Luftwaffenbasis Clark und Teile der Marinebasis auf den Philippinen könnten also auf die drei Inseln der Nördlichen Marianen verlegt werden. Daß dieser Prozeß im Gang ist, läßt sich daran ablesen, daß private Industrialisierungsvorhaben auf diesen Inseln die Genehmigung durch die amerikanischen Streitkräfte vorher einholen müssen.(37)

Als Stützpunktersatz für die Flotte böte sich Koror, die Hauptstadt der Republik Palau, an. Palau soll, zusammen mit den Federated States of Micronesia und den Marshall-Inseln unter dem sogenannten Compact of Free Association in die - relative - Unabhängigkeit entlassen werden - relativ insofern, als bei ihrer Gewährung die Vereinigten Staaten bedeutende Bestandteile der Sicherheitspolitik aus der Souveränität dieser Staaten ausklammerten. Aus diesem - und auch aus anderen Gründen - hatten die Vereinten Nationen bis 1989 diesem Modus der Beendigung der Treuhandschaft nicht zugestimmt. Palau, nur eine Flugstunde von den Philippinen entfernt, teilt mit ihnen die geographische Lage. Es besitzt einen ausbaufähigen Tiefseehafen, der zwar nicht die gleiche Kapazität, wohl aber die gleiche Qualität erhalten könnte wie Subic Bay.

Allerdings kollidierten hier wieder die Souveränitätsansprüche in der Nuklearfrage. Die Vereinigten Staaten behielten sich in dem von ihnen gewährten Compact of Free Association das Recht zur Lagerung bzw. zum Transit von Nuklearwaffen vor, während die Verfassung der Republik Palau für diese Stationierung und Passage von Nuklearwaffen ein Referendum der Bevölkerung vorsieht, die mindestens zu drei Vierteln zustimmen muß. Diese Dreiviertelmehrheit wurde trotz mehrfacher Abstimmungen bis Mitte 1990 nie erreicht. Eine Verfassungsänderung, die das erforderliche Quorum auf eine einfache Mehrheit zurückstufte, sollte den Weg für eine Annahme der Assoziation im August 1987 freimachen. Sie blieb rechtlich umstritten(38) und fermentierte die politischen Unruhen auf der Inselgruppe. Bei den Abstimmungen und Referenden wurden offensichtlich illegale Druckmittel eingesetzt.(39)



Der US-Kongreß seinerseits klärte erst am 22.11.1989, nach jahrelangem Tauziehen über die den USA verbleibenden militärischen Rechte und über Entschädigungszahlungen an die Inselbewohner, die Ratifikation des Compact durch Präsident Bush. Trotz der großzügigen amerikanischen Hilfe in Höhe von 478 Mio. USD über 15 Jahre dürfte die Auseinandersetzung um die großen amerikanischen Politikvorbehalte und vor allem um die Stationierung oder den Transfer von Nuklearwaffen weitergehen. Sollte Malakai Harbor zum Ersatz von Subic Bay gemacht werden, ist seine Funktionstüchtigkeit und Dauer nicht gewährleistet. Der Souveränitätskonflikt ist nicht ausgeräumt worden.

## 2.6. Australien

Lösen läßt sich das Akzeptanzproblem auch dort, wo eine Identität der Interessen die Kollision der Souveränitäten verhindert. Das trifft auf Australien zu, mit dem die Vereinigten Staaten eng, und zwar nicht nur durch den ANZUS-Pakt, sondern auch durch eine weitgehend gemeinsame politische Kultur und durch zahlreiche Interessenidentitäten verbunden sind. Australiens geographische Lage ist gut, auch wenn die für Südwestasien entscheidende Nordwestküste unwirtlich und schwer zugänglich ist. Im Fünf-Mächte-Verteidigungsvertrag ist Australien ohnehin schon mit zwei ASEAN-Staaten, nämlich mit Malaysia und Singapur, verbunden (neben Großbritannien und Neuseeland); es arbeitet an dem Integrierten Luftverteidigungssystem dieses Paktes mit, das auf dem malayischen Stützpunkt Butterworth stationiert ist.(40) Australien ist aufgrund seiner Lage automatisch an Südostasien interessiert, und sei es auch nur aus Sorge vor dem zukünftigen Verhalten Indonesiens, dessen Bevölkerung zehnmal so groß ist wie die Australiens und das mit der Expansionspolitik in West-Neuguinea, dem heutigen Irian Jaya, Proben sowohl seiner Fähigkeiten wie seiner Interessen gegeben hat. Das von Australien - auch finanziell - stark unterstützte Papua-Neuguinea beherbergt die Flüchtlinge aus West-Irian.

Die Vereinigten Staaten arbeiten seit langem unproblematisch mit Australien zusammen, dessen Häfen ihre Schiffe und dessen Flughäfen ihre Flugzeuge beim Transit aufnehmen. Sie betreiben gemeinsam die außerordentlich wichtigen C<sub>3</sub>I-Stationen Pine Gap und Nurrungar sowie Northwest Cape. Obwohl über sie sehr wenig bekannt wird, zählen sie zu den wichtigsten militärischen Installationen der Vereinigten Staaten im Ausland. Northwest Cape unterhält die Verbindungen mit den amerikanischen U-Booten im Indischen Ozean, Pine Gap die mit den amerikanischen Satelliten, die die sowjetischen Radar- und Luftverteidigungsanlagen überwachen. Nurrungar sammelt die Satellitennachrichten zur Früherkennung eines möglichen sowjetischen Raketenangriffs.(41) Seit dem Beginn der Abrüstungsverhandlungen



gen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion haben diese Einrichtungen eine neue wichtige Funktion übernommen: die Verifikation des sowjetischen Abrüstungsverhaltens. Bei der Bedeutung, die gerade der amerikanische Kongreß der zuverlässigen Verifikation aller Abrüstungsvereinbarungen beimißt, kommt diesen Stationen, die der amerikanische Verteidigungsminister im November 1989 besuchte, große, auch politische Bedeutung zu.(42)

Bei einem Ausfall der Philippinen käme in Australien vor allem die Marinebasis Cockburn Sound in Betracht, die Australien nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan den Vereinigten Staaten angeboten hatte.(43) Eine Souveränitätskollision würde hier in aller Wahrscheinlichkeit nicht auftreten. Australien gehört zwar zu den Förderern und Unterzeichnern der South Pacific Nuclear Free Zone und hat die Vereinigten Staaten immer gedrängt, die Protokolle ebenfalls zu unterschreiben, zumal sie die amerikanische Bewegungsfreiheit nicht einschränken. Australien seinerseits akzeptiert den Besuch amerikanischer Schiffe und Flugzeuge, ohne nach deren Nuklearkomponenten zu fragen. Es bildet nach der Unterbrechung der amerikanisch-neuseeländischen Beziehungen das Brückenglied zwischen den beiden und hält auf diese Weise den ANZUS-Pakt faktisch am Leben.

Diese Position müßte sich ändern, wenn die Vereinigten Staaten den Cockburn Sound als Marinebasis benutzen wollten. Denn es ist erklärte australische Politik, die Stationierung fremder Nuklearwaffen nicht zuzulassen.(44) Australien hat auch durchgesetzt, daß amerikanische Bomber, die in Australien üben, unbewaffnet sein müssen. Es zog auch 1985 seine zunächst erklärte Bereitschaft zurück, den Vereinigten Staaten Übungsgebiete zum Test der MX-Rakete zur Verfügung zu stellen. Bei aller Flexibilität ist auch Canberra durchaus sensibel gegenüber amerikanischen Nuklearwaffen, und zwar um so eher, wenn dort die Labour Party regiert. Es steht also dahin, ob Australien einen Teil der aus den Philippinen auszulagernden Marinebasis auf Dauer aufnehmen könnte.

Die Kooperation mit den USA steht dagegen nicht in Frage. Ihr Wert als Bestandteil einer flexiblen Ersatzlösung für die philippinischen Basen darf nicht unterschätzt werden. Mit Malaysia und Singapur im Fünf-Mächte-Verteidigungspakt verbunden, ist Australien, das seit geraumer Zeit seine Aufmerksamkeit mehr dem Indischen als dem Pazifischen Ozean zuwendet, durchaus in der Lage, einen Teil der von den Vereinigten Staaten auf den philippinischen Basen ausgeübten Funktionen zu übernehmen oder sie zu beherbergen.

Schließlich könnten die Vereinigten Staaten den möglichen Verlust der philippinischen Basen dadurch ausgleichen, daß sie die beiden in der Re-



gion stationierten Flugzeugträgerereinheiten verdoppeln. Die Beibehaltung dieses Schiffstyps, dem seine Kritiker in einem modernen Krieg wenig Überlebenschancen nachsagen, ist von seinen Befürwortern immer mit der Ersatzfunktion für Militärbasen begründet worden.

## 2.7. Perspektiven

Es läßt sich nicht vorhersehen, wie die amerikanisch-philippinischen Verhandlungen über die Militärbasen ausgehen werden. Manila hat den Vertrag am 15.5.1990 ordnungsgemäß gekündigt, so daß er im September 1991 ausläuft. Gleichzeitig begannen die amerikanisch-philippinischen Verhandlungen über die mögliche Verlängerung. Vermutlich wird man sich auf eine langsame, zeitlich über 5 bis 10 Jahre gespreizte Schließung der Basen einigen. In jedem Fall werden die Vereinigten Staaten die hier skizzierten Ersatzlösungen weiter vorantreiben. Sie werden die Kriegsmarine und die Luftwaffe auf die amerikanischen Territorien konzentrieren, vor allem auf Guam, Seipan und Tinian, und sie werden versuchen, im Rahmen des Compact Palaus vorgeschobene Position für einen Marinestützpunkt zu nutzen. Sie werden, zweitens, die militärische Kooperation mit Japan im nördlichen und mit Australien im südlichen Teil des Pazifik intensivieren. In Japan können sie dabei auf absehbare Zeit auf die dort bereits befindlichen amerikanischen Basen zurückgreifen. Die Vereinigten Staaten werden aber auch versuchen, die seit Jahren praktizierte Zusammenarbeit mit Singapur zu verstärken und die mit Malaysia, die es ja gibt, zu pflegen. Auch ist anzunehmen, daß die Philippinen, gerade nach einer Schließung der amerikanischen Basen, zur militärischen Kooperation mit den Vereinigten Staaten bereit sein werden - jedenfalls so lange, wie sowjetische Schiffe und Flugzeuge an der Südspitze Vietnams stationiert sind. Die Zusammenarbeit zwischen amerikanischen und indonesischen Militärs ist gut und vollzieht sich reibungslos.

Ein Verlust der philippinischen Basen würde für die Vereinigten Staaten also eine Umstellung, aber keinen Verlust bedeuten. Schon vor Jahren ist ihnen vorgerechnet worden, daß sie ohne diese Basen auskommen könnten, daß die Verteilung der Flotten und Flugzeuge sogar strategisch vorteilhaft sein könnte, weil sie dann nicht mehr das konzentrierte Angriffsziel abgeben wie jetzt in Subic Bay und Clark.(45)

Hinzu kommt der politische Gewinn, den der - wenn auch teure - Rückzug aus unhaltbaren Positionen mit sich bringt. Die Kollision der Souveränitäten, wie sie sich in der Auseinandersetzung um die Informationspflicht für amerikanische Nuklearwaffen manifestiert, ist nur der zugespitzte Ausdruck einer sehr viel größeren und tiefer liegenden politischen Differenz. Nationalbewußtsein und Unabhängigkeitsstreben kennzeichnen heute die politi-



sche Orientierung aller Staaten auf der Welt. Das gilt insbesondere für die Pazifik-Staaten, die größtenteils einen beachtlichen wirtschaftlichen Aufstieg hinter sich gebracht haben, oder ihn doch anstreben. Gestützt auf verbesserte Erziehung und Information (die "Dritte Entkolonialisierung"), wehren sich die Gesellschaften dieser Staaten gegen die bis vor einigen Jahren noch hingenommene Integration in die Einflußzonen der Supermächte. Sie verweigern deswegen nicht unbedingt die Kooperation, wohl aber die Obödienz. Der Konflikt um die philippinischen Basen hat sich nicht zuletzt deswegen so zugespitzt, weil die Vereinigten Staaten zu keiner Zeit bereit waren, in der Sache und in ihrer Haltung die Philippinen als gleichberechtigt zu behandeln. Rechtzeitige und ausreichende Konzessionen an das philippinische Nationalbewußtsein hätten vielleicht nicht den Konflikt, wohl aber seine zu erwartende Zuspitzung vermieden.

Das Problem ist, wie die pazifikweite Auseinandersetzung um die Anwesenheit amerikanischer Nuklearwaffen zeigt, (46) nicht auf die Philippinen begrenzt. Die USA werden immer wieder vor die Frage gestellt werden, ob sie die Bedürfnisse ihrer militärisch verstandenen Sicherheit höher bewerten als die Informationsansprüche ihrer Partner. Das Dilemma wird sich zuspitzen in dem Maße, in dem die politischen Konflikte in der pazifischen Region die militärische Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in den Hintergrund drängen. Je mehr sie sich entspannt, desto stärker profilieren sich die politischen Auseinandersetzungen in der Region, desto deutlicher tritt auch zu Tage, daß das Hauptinteresse aller Pazifikanrainer nach der Gewährung ihrer Sicherheit das an der wirtschaftlichen Entwicklung ist. Die wirtschaftlichen Probleme, die Japan und die "vier Tiger" aufwerfen, sind auch für die Vereinigten Staaten schon jetzt genauso wichtig wie die militärische Herausforderung durch die Sowjetunion. Im Gegensatz zu ihr lassen sich aber die ökonomischen Probleme sehr viel schwieriger lösen, weil ihre Ursachen sehr viel komplexer sind. Wirtschaftliche Potenz setzt sich aber auch in politische Ansprüche um: die traditionelle amerikanische Forderung nach Lastenverteilung wird gerade von Japan mit der nach einer neuen Machtteilung beantwortet.

### 3. Der Zerfall der Dreieckspolitik

Die militärische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik im Pazifik neu zu organisieren, ist der kleinere Teil der Aufgabe, die die Vereinigten Staaten zu lösen haben. Sie verlangt nur Anpassung, keine prinzipielle Innovation. Sie aber ist gefordert, wenn es darum geht, den Platz der USA in Politik und Wirtschaft des pazifischen Raumes neu zu gestalten. Er wird nach wie vor wichtig, ja entscheidend, aber nicht mehr der des Hegemon sein, den die USA bis zum Ende der Nachkriegszeit innehatten. Er zerfiel mit dem Aufkommen regionaler Führungsmächte, mit der Polyarchisierung des pazifischen Subsystems; er verschwand gänzlich, als der Ost-West-Konflikt seine prägende Kraft verlor. Wirtschaft und Politik der USA im Pazifik müssen von der Bush-Administration neu konzipiert werden. Sie muß den Führungsanspruch der USA neu gestalten in der großen pazifischen Region, die gekennzeichnet ist durch

- die Polyarchisierung und das Aufkommen neuer Großmächte, insbesondere Japan, China und Indien;
- die Multipolarisierung, durch die die lokalen und regionalen Konflikte sich wieder als autonome, der Einwirkung der Supermächte sich entziehende Prozesse darstellen;
- das Interesse der Staaten und der Bürger, das sich in erster Linie der wirtschaftlichen Voraussetzung der Existenzentfaltung zuwendet;
- wirtschaftliches Leistungsvermögen, das die neue Weltsupermacht Japan sowie die vier erfolgreichen Entwicklungsbeispiele Taiwan, Südkorea, Hongkong und Singapur hervorgebracht hat;
- den Wandel der Sowjetunion, die sich nicht mehr als gewalt- und expansionsbereiter Feind, sondern als kooperationsbereiter Pazifikanrainer präsentiert.

#### 3.1. China

Der Kurswechsel der sowjetischen Asienpolitik unter Gorbatschow hat nicht nur die sowjetische Pazifikpolitik, sondern mit ihr auch das pazifische Subsystem verändert. Bis 1985 konnten die Vereinten Staaten von dem durch Kissinger und Nixon geschaffenen Dreieck zwischen ihnen, China und der Sowjetunion profitieren, innerhalb dessen sie "gegenüber jeder Seite mehr Optionen als diese Seite ihnen gegenüber" besaßen.(47) Diese Möglichkeit verfiel, nachdem Gorbatschow systematisch begann, sich der Volksrepublik China wieder anzunähern, die von ihr gestellten Bedingun-



gen des Rückzugs aus Afghanistan, des Abzugs sowjetischer Truppen aus der Mongolei und des Rückzugs der Vietnamesen aus Kambodscha zu erfüllen. Mit dem spektakulären Besuch Gorbatschows in Beijing Mitte Mai 1989 kam zwar nicht eine neue Phase sowjetisch-chinesischer Zusammenarbeit in Sicht, wohl aber die eines deutlich gemilderten Konflikts zwischen den beiden Supermächten. Die wechselseitige Bedrohungsperzeption wurde erheblich reduziert, so daß die Blicke in Moskau und Beijing sich nicht nur auf die trennenden - und weiter andauernden - Rivalitäten, sondern auch auf aktuelle und potentielle Interessenkonvergenzen richten konnten.(48) Die blutige Unterdrückung der Studentenunruhen im Juni 1989 und die Restauration der kommunistischen Orthodoxie durch die Alte Garde in Peking haben diese Perspektive temporär wieder verstellt, aber keineswegs zunichte gemacht. Darauf wohl ist auch die Eile zurückzuführen, mit der Präsident Bush durch die zweimalige Entsendung seines Sicherheitsberaters Scowcroft und des stellvertretenden Außenministers Eagleburger nach Beijing das amerikanische Interesse an weiterer Kooperation zu bekunden versuchte.

Bush behielt angesichts des Drucks der amerikanischen Öffentlichkeit und des Kongresses die wichtigsten Sanktionen gegen die Volksrepublik bei, unternahm aber "eine Reihe von Schritten, um die Beziehungen wieder auf ein positives Gleis zu stellen und eine weitere Verschlechterung zu verhindern".(49) In der Tat können es sich die USA kaum leisten, daß sich die Volksrepublik, auf die die Vereinigten Staaten seit Nixon und Carter ihre Asienpolitik zunehmend gestützt hatten, wieder in die Isolierung zurückzieht. Andererseits hat der Kongreß am 30. Januar 1990 mit einem neuen Sanktionsgesetz Präsident Bush an die Grenzen erinnert, die der "Realpolitik" einer sich demokratisch legitimierenden Außenpolitik gesetzt sind. Hier ist wirklich Innovation vonnöten: Wie können die Vereinigten Staaten die Kooperation mit einem sich re-ideologisierenden China fortsetzen, wenn doch der ursprüngliche Zweck, die Eindämmung der Sowjetunion, durch deren De-Ideologisierung zu entfallen droht?

Die Administration Bush dachte offensichtlich strikt pragmatisch, als sie im Juli 1990 versuchte, trotz der öffentlichen Kritik die wirtschaftlichen Sanktionen(50) zu beenden und der Volksrepublik die Meistbegünstigung im Handel einzuräumen (die der Sowjetunion nach wie vor verwehrt wird). China ist die sich auf dem Weg zur Supermacht befindende Großmacht in Ostasien und damit der bleibende natürliche Rivale der Sowjetunion. Wenn auch die Dreieckspolitik zerfallen ist und die reformierte Sowjetunion Gorbatschows den USA näher steht als die zur Reaktion zurückkehrende Alte Garde in Beijing, behält Bush die Vorzugsbehandlung Chinas bei. Er will den Hebel nicht aus der Hand legen, den er in Beijing gegen den zwar nicht mehr ideologischen, wohl aber noch immer geopolitischen Rivalen Moskau zu besitzen glaubt. Bush hat dabei auch konkrete asienpolitische Ziele



im Kopf. Wohlwollen wird gebraucht, wenn Taiwan erfolgreich aus dem Formelkompromiß: "Ein China - zwei Regierungen" ausbrechen und den Weg zur Selbständigkeit weiter beschreiten soll. Ohne Beijings Einfluß auf Nordkorea ließe sich der Konflikt auf der Halbinsel nicht managen, gäbe es den Rückzug der amerikanischen Truppen nicht mal als Perspektive.(51) Ohne Beijings Einfluß in Pakistan könnte der pakistanisch-indische Konflikt leicht außer Kontrolle geraten. Ohne Chinas Kompromißbereitschaft könnten die Auseinandersetzungen um Besitz- und Schürfrechte im Südchinesischen Meer sich rasch und verhängnisvoll zuspitzen. Chinas Zustimmung wird gebraucht, wenn das Kambodscha-Problem, in dem ein großer Schlüssel für die zukünftige Figur des südostasiatischen Subsystems steckt, erfolgreich gelöst werden soll. China, das die Roten Khmer unterstützt, steht hier - von Amerika aus gesehen - auf der falschen, Vietnam, das die Schreckensherrschaft der Roten Khmer beendet hat, auf der "richtigen" Seite. Aber die USA standen auch auf der "falschen" Seite, hatten die Oppositionskoalition in Kambodscha, die 1982 gebildet worden waren, unterstützt, wenn ihnen auch wegen der Mitbegünstigung der Roten Khmer dabei nicht wohl war. Sie unterstützten, wenn auch geheim, den nicht-kommunistischen Widerstand um den Prinzen Sihanouk.(52) Realpolitisch wäre es schon immer richtig gewesen, sich nicht zur "Geisel der Interessen Chinas in Indochina"(53) machen zu lassen, sich auf die "richtige" Seite, nämlich die Vietnams zu stellen, den von ihm eingesetzten Premier Hun Sen jedenfalls zeitweise zu unterstützen und zu versuchen, ihn mit der nicht-kommunistischen Opposition zu einem Kompromiß zu veranlassen.

Washington scheute lange vor dieser Wende zurück, teils aus Rücksicht auf China, teils aus seiner Gegnerschaft zu Vietnam, gegen das es noch immer ein Wirtschaftsembargo betreibt.

Am 18. Juli 1990 gab Außenminister Baker diese Wende bekannt - aber immer noch im klassisch hegemonialen Stil, ohne jegliche Vorwarnung. Damit stieß er nicht nur China vor den Kopf, das gerade wegen seiner Interessen in Indochina für jede Regelung wichtig schien, sondern auch Japan, das sich seit längerem um eine Kompromißlösung bemüht hatte. Vor allem irritierte er die ASEAN-Staaten, die bis dahin an der Seite der USA für eine Koalitionslösung in Kambodscha eingetreten waren. Zwar hatte der Rückzug Vietnams aus Kambodscha auch für die ASEAN-Staaten die Lage verändert, zumal dadurch auch die Bedrohung Thailands, eines Mitglieds, entfallen war. Der Gegensatz zu Vietnam war aber stets eines der - wenigen - Bindemittel der Gemeinschaft gewesen. Sein Austrocknungsprozeß wurde durch den Schwenk der USA zu Vietnam noch beschleunigt.

Zwar öffnet sich jetzt die ganz andere Perspektive der Verbesserung der Beziehungen zu Indochina.(54) Auf dem Außenministertreffen von ASEAN



im Juli 1989 war dies das beherrschende Thema bis hin zu der Perspektive einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Staaten Indochinas und ASEAN. Was geographisch so naheliegt, würde dann auch politisch und wirtschaftlich miteinander verbunden, die unnatürliche Trennung zwischen ASEAN und Indochina würde dann aufgehoben sein.(55)

Bis dahin ist noch ein weiter Weg, und er wird nicht leichter dadurch, daß Washington keinerlei Vorwarnung abgab, als es von der Position der ASEAN-Staaten zu der der Sowjetunion hinüberwechselte. Solch Unilateralismus ist nicht auf diplomatische Böswilligkeit, sondern auf Gewohnheit zurückzuführen; und gerade sie wird in Südostasien weniger und weniger akzeptiert.

Mit seinem Schwenk hat Washington die inneramerikanische Kritik an der Unterstützung der Roten Khmer(56) stillgestellt, gleichzeitig aber natürlich auch Beijing verärgert. Natürlich hofft Washington, daß Beijing über kurz oder lang zu seinem Reformkurs zurückfinden wird und seine Haltung dann ändert.(57) Aber die Bedeutung Chinas ist nicht mehr so groß wie zu der Zeit, als der Gegensatz zur Sowjetunion die amerikanische Asienpolitik beherrschte. Moskaus Reformkurs und sein militärischer Rückzug aus Afghanistan haben die "Konstellation der Kräfte" so verändert, daß Washington neue Wege in Südasien beschreiten kann - und beschreiten muß.

### 3.2. Pakistan und Indien

Das gilt für das Verhältnis zu Pakistan und Indien, das je auf seine Weise ebenfalls als Folge des Konflikts mit Moskau gestaltet worden war. Pakistan wurde als Festlandsdegen gegen die Sowjetunion gebraucht, vor allem während des Afghanistan-Krieges. Deswegen sah Washington über Islamabad heimliche Nuklearpolitik hinweg, deswegen rangiert das Land bis heute auf dem dritten Platz der Empfänger amerikanischer Auslandshilfe, gleich nach Ägypten und Israel. Mehr als sieben Milliarden Dollar erhält Pakistan in der Dekade 1984 bis 1994, darin eingeschlossen 100 Bombenflugzeuge vom Typ F-16 und die Marinerakete Harpoon. War es schon immer unklar, was diese Waffensysteme in Afghanistan bewirken sollten, so können sie sich nach dem Ende dieses Konfliktes nur noch gegen einen ganz anderen Gegner richten, gegen Indien.

Washingtons Allianz mit Pakistan hatte zwangsläufig, wenn auch nicht gewollt, die Beziehungen zu dessen Erzrivalen Indien verschlechtert, das sich zunehmend mit Moskau arrangierte. Diese Automatik könnte jetzt, nach der Abschwächung des Konfliktes mit der Sowjetunion, aufgehoben werden zugunsten des Versuches, gute Beziehungen zwischen den USA und Indien zu entwickeln und ihr bisher durchaus konfliktgeladenes Verhältnis zu ent-



schärfen. Moskau ist offenbar schon auf dem Wege, den Kontakt zu Islamabad zu verbessern. Um so mehr Grund gibt es für die USA, die Beziehungen zu Indien rasch zu reparieren, was unter Ministerpräsident Singh nicht allzu schwerfallen dürfte. Zudem gibt es auch einen dringlichen Anlaß, nämlich die erneute Verschärfung der Unruhen um Kaschmir im Frühjahr 1990, bei denen, kommt es zum Krieg, der Einsatz von Kernwaffen auf beiden Seiten nicht mehr ausgeschlossen werden kann.

Aber auch wenn diese Katastrophe vermieden wird, gibt es genügend Gründe für die USA, nach dem Ende der Konfrontation mit Moskau die Beziehungen zu Indien auf eine kooperative Basis zu stellen. Das Land ist neben China die wichtigste regionale Vormacht. Seine Marine nimmt den Platz 6 auf der Weltrangliste ein, sie hat in Sri Lanka und auf den Malediven ihre Leistungsfähigkeit gezeigt. Die ASEAN-Staaten sind besorgt, daß hier eine neue militärische Supermacht entsteht, deren Konflikt mit China - und mit Pakistan - die Region in Mitleidenschaft ziehen könnte. Zwar ist es nicht zwingend, daß es zu einer solchen Entwicklung kommt; aber den USA müßte doch daran gelegen sein, daß sich hier keine neues Konfliktfeld aufbaut.

Die Lage hat sich nach dem Sturz von Frau Bhutto wieder verschlechtert; ihre konservativen Gegner werden wohl die Modernisierung des Landes zurückbilden und damit den Konflikt mit Indien über Kaschmir wieder zuspitzen. Um so mehr Anlaß besteht für die Vereinigten Staaten, ihr Verhältnis zu Indien, einer vergleichsweise gut funktionierenden Demokratie, endlich zu verbessern. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit ist der richtige Weg dafür. Es stimmt, daß die USA am Nordufer des Indischen Ozeans neben Pakistan nur noch auf Thailand verläßlich zählen können. Aber diese Rechnung galt nur unter den nunmehr vergangenen Konstellationen der amerikanisch-sowjetischen Machtkonkurrenz. Ausgerechnet Thailand, der hochmilitarisierte Verbündete der USA, hat sich seit einiger Zeit dazu entschlossen, seine wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern, also ganz radikale - und sicher nicht unangemessene - Konsequenzen aus der veränderten Weltlage zu ziehen. Dabei war es die Militärregierung Thailands gewesen, die im Herbst 1986 mit der Erlaubnis zur Einlagerung amerikanischer Waffen die Rückkehr der USA auf den hinterindischen Subkontinent ermöglicht hatte. Wenn dieses Land sich jetzt mehr um die Wirtschaft als um die militärische Sicherheit kümmert, sollte das für Washington ein Signal sein.

Im Zeichen des sich rückbildenden Machtkonfliktes mit Moskau kommt es für die Vereinigten Staaten nicht mehr darauf an, in Militärallianzen die einzig richtige und wichtige Beziehung zu sehen. Vielmehr muß es darum gehen, politische, wirtschaftlich interessante, kooperative Beziehungen zu allen Staaten der Region zu unterhalten. Washington sollte sich darin nicht

von Gorbatschow übertreffen lassen. Führung in der polyarchischen, multipolaren Welt erfordert ganz andere politische Strategien und Handlungsweisen, als die, die während der bipolaren Situation des Kalten Krieges angebracht waren.

Zwar können die USA den Gang der Politiken in Südasien nicht mehr bestimmen; das ist seit der Nixon-Doktrin von 1972 evident. Aber sie können ihn noch immer maßgeblich beeinflussen, und zwar um so mehr, als das Interesse dieser Region sich auf den wirtschaftlichen Wohlstand und auf die Demokratie auszurichten beginnt, auf zwei Sachgebiete, in denen vor allem die USA als führend gelten.



## 4. Die japanische Herausforderung

### 4.1. In der Region

Unter diesem Aspekt wird das Hauptproblem der amerikanischen Pazifikpolitik weder von der Sowjetunion noch von China gebildet, sondern von Japan. Es ist zum großen wirtschaftlichen Herausforderer der USA geworden. Seine Investitionen in den Vereinigten Staaten stiegen in den Jahren von 1980 bis 1988 auf 285 Milliarden Dollar an, so daß Japan fast 2% der amerikanischen Wirtschaft kontrolliert.(58) Während die Vereinigten Staaten ihre Gläubigerposition in die eines Schuldners verwandelten, stieg Japan zum größten Gläubigerstaat der Welt auf. Wenn es um Wirtschaftshilfe und wirtschaftliche Beziehungen geht, blickt der pazifische Raum nicht mehr nach Washington, sondern nach Tokio, dessen Investitionen in diesem Raum gerade in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sprunghaft angestiegen sind. Zu diesem Reichtum hat eine strikt protektionistische Handelspolitik Japans beigetragen, unter der vor allem die Vereinigten Staaten leiden. Ihr Handelsdefizit mit Japan stieg von 1980 bis 1987 von 10,2 Milliarden auf 57,8 Milliarden Dollar an.(59) Zusammen mit dem "Ausverkauf der USA an Japan" bildet das Defizit eine Quelle der Verärgerung zwischen den beiden Ländern, die zunehmend auch auf die politischen Beziehungen durchschlägt. Damit wird es schwieriger, die ökonomische Konkurrenz und die politisch-sicherheitspolitische Kooperation zwischen den beiden Ländern separat zu halten. Jedenfalls beobachten die Pazifik-Staaten die Entwicklung der amerikanisch-japanischen Beziehungen mit großer Sorge, weil sie befürchten, daß eine weitere Entfremdung Japan dazu veranlassen könnte, sich auch wieder militärisch zu der Supermacht hochzurüsten, die sie ökonomisch ist.(60)

In der Gegenwart steht freilich die wirtschaftliche Potenz Japans im Vordergrund der Aufmerksamkeit der Länder des pazifischen Raumes. Das Paradebeispiel für diesen Wandel bietet Thailand, das gerade in den USA bislang als Protagonist einer politischen und sicherheitspolitischen Orientierung galt. Unter seinem neuen, seit August 1988 regierenden Premierminister Chatschai hat sich das Land zum Ziel gesetzt, "die Schlachtfelder Indochinas in Marktplätze zu verwandeln".(61) Die erste Folge dieser Wende zur Wirtschaft war eine veränderte Politik Thailands in Kambodscha, seine Öffnung hin zu Vietnam und der Regierung Hun Sen. Die thailändische Armee nutzt ihre Beziehungen zu Burma und zu ganz Indochina, um als wirtschaftlicher Agent für die Ökonomie Thailands zu wirken.

Das Land gehört zu der zweiten Gruppe fernöstlicher "Tiger", zusammen mit den Philippinen und mit Indonesien. Die erste Gruppe: Taiwan, Südkorea, Hongkong und Singapur haben in den vergangenen 20 Jahren ein



Wachstumstempo an den Tag gelegt, das mit einem Durchschnitt zwischen 8 und 9% pro Jahr selbst die japanischen Steigerungsraten überstieg. Ihr Export wuchs um mehr als 15%; Taiwan allein hatte 1986 einen Zahlungsbilanzüberschuß von 16 Milliarden Dollar.(62) Die USA bekamen diese Entwicklung zu spüren: 1986 betrug ihr Handelsdefizit mit den vier "Tigern" 31,7 Milliarden Dollar, mit steigender Tendenz. Taiwans Wirtschaft ist so stark und so attraktiv geworden, das es als einer der führenden Investoren im Bereich der ASEAN-Staaten den politischen Anspruch der Volksrepublik China, der einzige Repräsentant Chinas zu sein, faktisch unterläuft. Sogar der Handel Taiwans mit Australien war 1989 größer als der zwischen Australien und China.(63)

Solche Vorbilder stimulieren die vier neuen "Tiger": Thailand, Malaysia, die Philippinen und Indonesien. Indonesien, das höchst verschuldete Land Asiens und das ärmste der vier neuen "Tiger", überprüft seine paternalistische Wirtschaftspolitik im Zeichen einer zunehmenden Bereitschaft zur Öffnung und Deregulierung. Für sein Budget 1990/91 hofft Jakarta auf eine Einnahmeverbesserung durch steigende Öl- und Erdgaspreise. Wirtschaftliche Interessen waren es auch, die im Februar 1989 zu einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Indonesien und Beijing führten. Sie waren 1967 anlässlich des von China inspirierten kommunistischen Aufstandes in Indonesien abgebrochen worden. Die wirtschaftlichen Perspektiven des damals noch reformerischen China schienen es Jakarta angelegen sein zu lassen, den politischen Streit zu vergessen. Wirtschaftliche Interessen erwiesen sich als wichtiger als politische Friktionen.(64) China mit seinen 1,2 Milliarden Einwohnern war als Markt wichtiger denn als Supermacht bedrohlich.

Freilich sind diese Perspektiven durch das Massaker vom Juni 1989 auf absehbare Zeit verschüttet worden. Nicht nur Indonesien, der ganze ostasiatische Handel wird davon betroffen. Er war ein Motor des Wachstums in der Region gewesen, hatte sich 1988 auf fast 200 Milliarden Dollar belaufen, fast 24% mehr als im Jahr zuvor und 18 Milliarden mehr als die Region 1988 in die Vereinigten Staaten exportierte.(65) China war daran mit fast einem Viertel des Handelsvolumens beteiligt; dementsprechend groß ist der Schaden, den Chinas erneutes Ausscheiden aus der Wirtschaftswelt ange richtet hat.

#### 4.2. In der Auslandshilfe

Aber auch ohne den temporären Ausfall der Volksrepublik China als Handelspartner brauchen die sich industrialisierenden Länder im pazifischen Raum auf absehbare Zeit Auslandshilfe. Das gilt insbesondere für die Philippinen, trotz ihrer langjährigen intensiven Beziehungen zu den Vereinig-



ten Staaten. Die noch vor wenigen Jahren einigermaßen funktionierende Wirtschaft nähert sich dem Kollaps. Die Ende 1989 rund 37 Milliarden betragende Auslandsschuld bedarf ständiger Umschuldung, wenn es auch Anfang 1990 gelang, mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der japanischen Export-Import-Bank eine Entschuldungsstrategie zu konzipieren. Die Inflationsrate in den Philippinen belief sich Ende 1989 auf 14%.

Diese wirtschaftliche Belastung allein mitzutragen, sahen sich die Vereinigten Staaten schon lange nicht mehr imstande. Als Investor wurden die USA von Taiwan und Japan abgelöst, die ihrerseits 1989 von Hongkong überholt wurden. Die Wirtschaft der Halbinsel sucht angesichts der bevorstehenden Integration in die Volksrepublik ohnehin neue Heimstätten; sie hat sich, dem Vorbild Taiwans folgend, hauptsächlich für die Philippinen entschieden. Geschäftsleute, die mehr als 75.000 Dollar investieren, erhalten die philippinische Staatsbürgerschaft.(66)

Bei der im Juli 1989 ins Leben gerufenen multilateralen Hilfsinitiative für die Philippinen (Multilateral Assistance Initiative (MAI)) teilten sich die Vereinigten Staaten die Führung schon mit Tokio und den Staaten der Europäischen Gemeinschaft, die seit dem Abschluß des Kooperationsabkommens mit den ASEAN-Staaten von 1989 ohnehin eine große Rolle spielten. Den Philippinen und den anderen ASEAN-Staaten ist eine solche Multilateralisierung durchaus willkommen, weil sie die Abhängigkeit mindert, indem sie sie verteilt. Je größer die Anzahl der Achsen ist, die sich im pazifischen Raum schneiden, desto größer die Handlungsfreiheit der dortigen Staaten. Sie können wechselseitig Japan mit den Vereinigten Staaten und beide mit der Europäischen Gemeinschaft austarieren.

Vom Standort der Vereinigten Staaten aus gesehen aber ist die Multilateralisierung der Auslandshilfe ein klarer Index ihres Einflußverlustes. So wird er in der Region auch gedeutet. Hätten die Vereinigten Staaten die Multilateralisierung der Auslandshilfe für die Philippinen zugestanden, wenn sie nicht die Absicht hätten, ihre Basen dort zu verlassen? Wie wird es aber dann in absehbarer Zeit um das Achsgleichgewicht bestellt sein, wenn die Vereinigten Staaten ihr wirtschaftliches Engagement schon aus Budgetgründen weiter mindern müssen und die Europäische Gemeinschaft das ihre nach der Revolution in Osteuropa und in der DDR mehr dort als in Südostasien einsetzt? In die sich dann noch öffenden Freiräume kann nur ein Land nachfolgen: Japan. Es hat mit einem Auslandshilfsvolumen von über 10 Milliarden Dollar die USA als Hilfsgeber ohnehin schon überflügelt. 70% der japanischen Auslandshilfe - die durchweg Wirtschaftshilfe ist - fließen nach Asien. Im April 1988 hat Tokio nun auch eine Hilfe für den Südpazifik gestartet,(67) das Gebiet, in dem bis dahin ausschließlich die USA, Australien und Neuseeland tätig gewesen sind.



#### 4.3. In der regionalen Zusammenarbeit

Haben die Vereinigten Staaten also einen großen Teil ihrer wirtschaftlichen Führungskompetenz im pazifischen Raum an Japan abgetreten, so schwebt über dieser arbeitsteiligen Kooperation das Damokles-Schwert wirtschaftlicher Konkurrenz und Zerwürfnisse. Zwar bleibt Japan auf absehbare Zeit auf den amerikanischen militärischen Schutz angewiesen; diese Abhängigkeit vermindert sich aber in dem Maße, in dem die Bedrohung durch die Sowjetunion nachläßt. Die Führungsaufgabe für die Vereinigten Staaten besteht also auf dem Gebiet der Wirtschaft darin, die Lastenteilung mit Japan in eine Verantwortungsteilung derart einzuschmelzen, daß die Konkurrenz die Kooperation auf Dauer gewährleistet. (68) Wohl auch aus diesem Grund hat Außenminister Baker mit seiner Rede vom 26. Juni 1989 die schon von seinem Vorgänger George Shultz vorbereitete Idee einer "Neuen Pazifischen Partnerschaft" lanciert. Sie soll zwar alle Staaten des Pazifischen Beckens umfassen, hat aber eindeutig die amerikanisch-japanische Kooperation als Kern und als Zentrum. Diese neue Partnerschaft soll das "andauernde amerikanische Engagement in der Region sicherstellen" und eine "schöpferische Aufteilung der weltpolitischen Verantwortlichkeiten mit Japan" erbringen. (69)

Dieser amerikanische Vorschlag eines neuen pazifischen Forums muß natürlich auch auf dem Hintergrund ähnlicher sowjetischer Vorschläge gesehen werden. Generalsekretär Gorbatschow hatte in seiner Rede von Wladiwostok am 21. Juli 1986 vorgestellt, in der von Krasnoyarsk am 16. September 1988 und schließlich in seiner Ansprache vor den Vereinten Nationen am 7. Dezember 1988 auch die neue Asienpolitik der Sowjetunion, in der die Idee eines kollektiven Sicherheitssystems für den pazifischen Raum durchaus eine Rolle spielt. Sie findet zwar bei den pazifischen Staaten relativ wenig Interesse, wird auch dort für nicht realisierbar gehalten, führte aber im Oktober 1988 zu einer großen internationalen Konferenz in Wladiwostok, die gerade auf den Philippinen aufmerksames Interesse fand. (70)

Mehr als eine politische Antifolie darf man in dieser Konferenzinitiative der Sowjetunion aber kaum sehen. Den eigentlichen Anlaß zu dem Vorstoß von Außenminister Baker dürfte die Einsicht abgegeben haben, daß die USA sich im Pazifik schon zu Wort melden müssen, wollen sie nicht von den Initiativen anderer überholt und möglicherweise sogar ausgeschlossen werden. Gewiß, Vorschläge für eine pazifische Wirtschaftsorganisation gab es auch in den Vereinigten Staaten in ausreichender Zahl; 1985 hatte Präsident Reagan seine Regierung angewiesen, sich intensiver an den bereits bestehenden Konferenzsystemen zu beteiligen. (71) Das wichtigste System ist sicherlich die jährliche Konferenz der ASEAN-Staaten, an das sich ein Treffen mit den Vertretern der EG anschließt. Darüber hinaus gibt es den



"ASEAN 6+5"-Dialog, an dem die ASEAN-Staaten sowie die fünf pazifischen OECD-Mitglieder teilnehmen, ferner die im September 1980 gegründete Pacific Economic Cooperation Conference (PECC).(72) Gerade die ASEAN-Staaten sind denn auch keineswegs erpicht darauf, ein neues pazifisches Gremium entstehen zu sehen, das die Bedeutung ihrer Organisation mindert.

Australien aber und Japan verfolgten energisch solche Pläne, die der australische Premierminister Hawke am 31. Januar 1989 zum Vorschlag einer Ministerkonferenz im November 1989 in Canberra zuspitzte. Diese Konferenz führte Anfang November die sechs ASEAN-Staaten, Australien, Neuseeland, Japan und Südkorea sowie die Vereinigten Staaten und Kanada zusammen. Die Vereinigten Staaten schickten eine hochrangige Delegation mit dem Außenminister an ihrer Spitze. APEC, die Asia-Pacific Economic Cooperation, war geboren. In Canberra gab es im wesentlichen Absichtserklärungen,(73) die sich auf die Milderung und Bändigung der wirtschaftlichen Spannungen richteten. Auf dem zweiten Ministertreffen, im Juli in Singapore, wurde schon über die Möglichkeit gesprochen, die drei China (VR, Taiwan, Hongkong), aber auch vielleicht die Sowjetunion an APEC heranzuführen. Ob das entstehende Ausmaß von Diversifikation noch gebündelt werden kann, steht dahin; auch ohne die Erweiterung bereitet die enge Kooperation zwischen Entwicklungs- und Hochindustriestaaten erhebliche Probleme. Bemerkenswert ist, daß die Initiative zu APEC nicht mehr von den USA, sondern schon von Australien und Japan ausgegangen ist, die USA sich aber kooperativ an ihrer Verwirklichung beteiligt haben. Hier ist die Entgegemonialisierung also schon ein Stück vorangekommen, ist Kooperation an die Stelle unilateraler Entscheidungen getreten. APEC schließt die USA mit ihrem wichtigsten pazifischen Herausforderer Japan und mit zwei der "vier Tiger", Singapore und Südkorea, zusammen. Treten Taiwan und Hongkong noch dazu, sind die USA mit den fünf Staaten, denen gegenüber ihre Handelsbilanz besonders defizitär ist, in einer Wirtschaftskooperation vereint.

#### 4.4. In der Wirtschaftskooperation

Damit ist, wenn auch aufgrund einer australisch-japanischen Initiative, ein wichtiger Fortschritt erzielt worden. Denn die Vereinigten Staaten haben in einer multilateralen Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum neben ihrer militärischen Sicherheitsfunktion ihre überragende wirtschaftliche Stärke einzubringen. Sie sind noch immer der wichtigste Exportmarkt für die gesamte Region. Zwar hat sich in den achtziger Jahren der Handel zwischen Japan einerseits, Südkorea, Taiwan und Hongkong andererseits erheblich verstärkt, nahm jährlich um beinahe 20% zu,(74) wovon zunächst Japan, dann aber auch die drei Schwellenländer profitierten. In absoluten Zahlen gemessen aber war für beide Teile der Export in die Vereinigten



Staaten größer und wichtiger als der untereinander. Für die zweite Welle der "Tiger", die in den achtziger Jahren ein erhebliches Wachstumstempo vorgelegt haben, gilt etwas ähnliches. Der Export in die Vereinigten Staaten bleibt für diese Länder das wichtigste Instrument des ökonomischen Wachstums.

Diese wirtschaftliche Bedeutung der Vereinigten Staaten gibt ihnen einen großen Hebel in die Hand. Mit ihren Handelsgesetzen können sie die Absatz- und damit die Entwicklungschancen der asiatisch-pazifischen Länder entscheidend beeinflussen. Abschnitt 201 des Handelsgesetzes von 1974 erlaubt es dem Präsidenten, Importe zugunsten der amerikanischen Wirtschaft einzuschränken. Abschnitt 232 des Trade Expansion Act von 1962 nannte auch die nationale Sicherheit als Rechtfertigung für Einfuhrbeschränkungen. Der berühmte Abschnitt 301 des Omnibus Trade Act von 1988 veranlaßt den Präsidenten, jedes Jahr diejenigen Länder öffentlich zu benennen, deren Handelspraktiken gegenüber der amerikanischen Wirtschaft als unfair angesehen werden. 1989 wurde neben Indien vor allem Japan zitiert. Der darin liegende Abschreckungseffekt hat offensichtlich maßgeblich dazu beigetragen, daß Japan im Frühjahr 1990 im Anschluß an den Besuch von Ministerpräsident Kaifu eine Reihe von Konzessionen machte, die die wichtigsten amerikanischen Beschwerden ausräumten.(75) Offensichtlich als Belohnung dafür wurde Japan im Bericht des Präsidenten von 1990 nicht mehr erwähnt.

Dennoch bleibt Japan das wirtschaftliche Hauptproblem für die Vereinigten Staaten. 1988 stammte fast die Hälfte des amerikanischen Außenhandelsdefizits aus dem Austausch mit Japan; fügt man noch Taiwan und Südkorea hinzu, so machte der Handel mit diesen drei Staaten 62% des amerikanischen Außenhandelsdefizits aus. Es ist fraglich, ob die neuen amerikanisch-japanischen Abkommen vom Frühjahr 1990 diese Relation in absehbarer Zeit grundlegend wandeln werden. Japan macht nicht zu unrecht darauf aufmerksam, daß die Vereinigten Staaten viele Produkte, die ihre Konsumenten nachfragen, nicht herstellen; daß die Sparrate in den USA und deswegen auch die Investitionen in moderner Technologie unzureichend sind und daß daher die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Industrie nachgelassen hat. In dieser Sicht liegen die Ursachen des amerikanischen Defizits vornehmlich in den USA, nicht in Japan.(76)

Diese Sicht wird auch im Kongreß geteilt. Das Joint Economic Committee wies 1990 ausdrücklich darauf hin, daß die Vereinigten Staaten nach wie vor unter jedem Maßstab die stärkste Wirtschaft der Welt darstellten und daß selbst ihr Anteil an den Weltexporten sich in den zwanzig Jahren von 1970 bis 1988 kaum verändert, stets zwischen 11 und 12% gehalten habe.(77) Es komme lediglich darauf an, daß die "Vereinigten Staaten ihre



Sparraten und Investitionen erhöhten, die für die zukünftige Produktivität und das Wirtschaftswachstum kritisch" seien.(78) Denn Japans Reichtum, aufgrund dessen der Pro-Kopf-Verbrauch in Japan während der achtziger Jahre den in den Vereinigten Staaten ständig übertraf, drückt auch die Exportchancen aus, die sich der amerikanischen Wirtschaft eröffnen. Im September 1989 verabredeten die USA und Japan eine "Structural Impediments Initiative", die beide Seiten erst zur Benennung, dann zum Abbau von Handelshemmnissen bewegen sollte.

Japan bringt, im Sachbereich Wirtschaft, das Hauptproblem der Vereinigten Staaten im asiatisch-pazifischen Raum auf den vollendeten Begriff: die Enthegemonialisierung. Die Vereinigten Staaten sind nicht schwächer, die Staaten der Region aber sind stärker geworden und verlangen den Vereinigten Staaten eine andere Führungspolitik ab. Sie muß wieder mehr auf der wirtschaftlichen Leistung im engeren Sinn beruhen, kann die Anpassung nicht allein den Alliierten zuweisen,(79) sondern muß sie zu einem beträchtlichen Teil selbst vornehmen. Diese Enthegemonialisierung muß sich um so rascher vollziehen, als der im Ost-West-Konflikt enthaltene Aufschub, der den USA die Kompensation ihrer Schwäche im Sachbereich Wirtschaft durch ihre Stärke auf dem Sachbereich Sicherheit ermöglichte, durch Gorbatschows Reformkurs jäh beendet wurde.

Zwischen den Vereinigten Staaten und Japan herrscht ein hoher Grad von Interdependenz auf allen drei Sachbereichen.(80) Deren Pflege und Ausnutzung verlangen den USA ab, Japan als gleichberechtigten Partner zu akzeptieren, den Wandel von der früheren Abhängigkeit hin zur gegenwärtigen Interdependenz auch in der politischen Attitüde zu respektieren. Das fällt den USA nicht leicht, und zwar nicht nur wegen der hegemonialen Traditionen, deren Einstellungsmuster bei der Elite der Vereinigten Staaten sich nur langsam abbaut. Nach wie vor sind die USA im Vergleich zu Japan eine Weltmacht, auf deren politischen Goodwill und sicherheitspolitischen Schutz das Inselreich angewiesen bleibt. Das Problem liegt in der Relevanzabnahme dieser Funktion und der Zunahme der wirtschaftlichen Konkurrenz, deren zerstörerische Wirkung sich leicht auch auf das Gebiet der politischen Beziehungen insgesamt ausdehnen könnte. Auf dem dritten Sachbereich der Politik, dem der Herrschaft und der demokratischen Partizipation daran, liegt vieles im Argen, ist durch den Generationswechsel eine neue Situation entstanden, die durch die Polyarchisierung des asiatisch-pazifischen Systems noch verschärft wird. Ist die Ordnungsfunktion der USA also dringlich und unentbehrlich, so kann sie sich nicht mehr auf die hegemoniale Anordnung, sondern muß sich auf Verfahren stützen, die, weil sie die Gleichberechtigung der Adressaten reflektieren, von ihnen auch akzeptiert werden.



## 5. Führungspolitik unter den Bedingungen von Polyarchie und Multipolarität

Den Vereinigten Staaten begegnen im asiatisch-pazifischen Raum die beiden Prozesse der Polyarchisierung und der Multipolarisierung gleichermaßen. Die politisch-wirtschaftliche Emanzipation der Staaten hat zusammen mit dem Rückgang der disziplinierenden und integrierenden Funktion des Ost-West-Konflikts sowohl regionale Vormächte entbunden als auch in allen Staaten der Region auf Autonomie und Unabhängigkeit gerichtete Kräfte freigesetzt. Die auf diese Weise entstandenen Herrschaftssysteme orientieren sich weniger und weniger an den von den Vereinigten Staaten vorgegebenen Demokratiestandards, sondern entwickeln unter Rückgriff auf autochthone und traditionale Herrschaftselemente Politikstile, die ihrerseits mit dem Interesse der Bürger an zunehmender Selbst- und Mitbestimmung kollidieren. Hat die Polyarchisierung das Streben der asiatisch-pazifischen Staaten nach Selbständigkeit hervorgebracht, so hat die Welle der Demokratisierung, die seit den siebziger Jahren die gesamte Welt durchzieht, dieser Autonomie die Instabilität hinzugefügt. Die Vereinigten Staaten sehen sich damit vor der Aufgabe, unter Respektierung der nationalen Autonomie der Staaten, den in ihnen ablaufenden Demokratisierungsprozeß zu fördern.

Diese Herausforderung ist für die Vereinigten Staaten keineswegs neu, sondern ist ihnen seit der Übernahme ihrer Weltführungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder begegnet, oft genug in der Gestalt eines Widerspruchs zwischen den von ihren Führungsinteressen diktierten und den aus ihrem demokratischen Selbstverständnis resultierenden Handlungsimperativen. Diese Dichotomie begegnet ihnen nun auch bei ihren pazifischen Alliierten, ja sogar in ihren eigenen Besitzungen. Ganz allgemein stellt sich ihnen die schwierige Aufgabe, in der durch Autonomie und Unabhängigkeitsstreben gekennzeichneten Polyarchie des Pazifiks ihre Grundsatzinteressen an der Durchsetzung der Demokratie zu harmonisieren mit ihren politischen Führungsinteressen, die auf Stabilisierung und Einfluß gerichtet sind.

### 5.1. Guam und die ehemaligen Treuhandgebiete

Ein Paradigma dieses Problems befindet sich in amerikanischem Besitz: Guam. Dieses "self-governing organized unincorporated U.S. territory" wird rechtlich vom Innenministerium, faktisch vom Verteidigungsministerium verwaltet. Guams Bürger besitzen die amerikanische Staatsangehörigkeit, aber sie sind nicht zufrieden. Nach der Wiedereroberung von japanischer Besetzung 1944 haben die USA die Insel zu einem wichtigen Militärstützpunkt ausgebaut und diesem Aspekt alles andere, eingeschlossen die Be-



sitzrechte der Ureinwohner, untergeordnet. Auch die einst blühende Wirtschaft ist weitgehend zerstört worden; die Insel ist heute von Nahrungsmittelanlieferungen abhängig. Obwohl Staatsbürger der USA, werden die Guamesen von den Behörden in Washington wie "Obstruktionisten oder illegale Einwanderer" behandelt.(81) Sie haben einen Vertreter im Kongreß, aber keinen Repräsentanten. Ihr Widerstand gegen diese Art der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Diskriminierung ist in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre erheblich angewachsen. Sie wollen eine Entschädigung für das enteignete Land und einen geordneten Status als Commonwealth. Sie verlangen, wie es Gouverneur Ada 1989 ausdrückte, "eine Beziehung auf der Basis der Partnerschaft, nicht der Leibeigenschaft".(82) Der Kongreß hat den Commonwealth-Status bis 1990 nicht genehmigt, weil er die auf der Insel lebenden ethnischen Minderheiten zugunsten der Chamorros benachteiligen würde. Bleibt eine Regelung, die das Interesse an Selbstbestimmung und Mitbestimmung der Guamesen befriedigt, noch längere Zeit aus, so wird auf der Insel mit Unruhen gerechnet. Sie werden die USA in ihrem eigenen Territorium mit der Forderung nach der Gewährung der vollen Bürgerrechte konfrontieren.

Damit ist in den beiden Treuhandgebieten, die 1986 unter dem Namen Republik der Marshall-Inseln und der Föderierten Staaten von Mikronesien unabhängig wurden, nicht zu rechnen, wohl auch nicht auf Palau, wenngleich die beiden letzten Ministerpräsidenten dieser Inselgruppe durch Gewaltanwendung ums Leben kamen.

Washington hat in allen drei Fällen die Außenpolitik und die Verteidigung aus der Gewährung der Unabhängigkeit ausgeklammert; es ist aber nicht übertrieben zu sagen, daß auch aus wirtschaftlichen Gründen keine wirkliche Unabhängigkeit besteht. Mikronesien und die Marshall-Inseln sind völlig von den Vereinigten Staaten abhängig, deren Wirtschaftshilfe - rd. 1000 USD pro Kopf(83) - das gesamte Budget beider Staaten ausmacht. Die sozialen Folgen sind erschreckend. Die Inseln leben von amerikanischen Importen statt von eigener Wirtschaft. Die Bevölkerung wird von den USA zugesagt ausgehalten, existiert in vergoldeter Arbeitslosigkeit. Die Vereinten Nationen haben bis 1990 sich geweigert, die von den Vereinigten Staaten gewährte Unabhängigkeit anzuerkennen, weil sie unvollständig ist und, wie der bereits besprochene Fall Palau zeigt, die politischen Interessen der Bürger dieser Inseln den militärischen Interessen der Vereinigten Staaten fast vollständig unterordnet.

## 5.2. Philippinen, Südkorea, Taiwan

Aufgrund dieses eigenen Beispiels sind die Vereinigten Staaten in keiner besonders guten Lage, ihre Alliierten im asiatisch-pazifischen Bereich zur



Gewährung von Demokratie und Menschenrechten anzuhalten. Dabei wäre dies auf den Philippinen, in Südkorea und in Taiwan dringend erforderlich. Gewiß, die Vereinigten Staaten hatten, wenn auch erst in letzter Minute, zum Sturz des Diktators Marcos in Manila beigetragen und seitdem die Wiederherstellung der Demokratie unter Frau Aquino unterstützt. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie aber wurden nicht mitgeschaffen. Preissteigerungen, Korruption und Mißwirtschaft ließen die Armut im Lande immer größer werden; Anfang 1990 lag die Inflationsrate der Philippinen bei mehr als 14%. Die Landreform, die Frau Aquino im Juni 1988 durchsetzte, blieb weit hinter den Erwartungen und weit hinter dem zurück, was selbst Präsident Marcos versucht hatte. Sie begünstigte den Großgrundbesitz, legalisierte die Korruption.(84) Infolge dessen hält der Aufstand der Kommunisten in den nördlichen Landesteilen, hält die allgemeine Unzufriedenheit weiter an.

In Südkorea hat die Wahl von Roh Tae Woo Ende 1987 die Restauration der Demokratie unter Beweis gestellt,(85) aber mit der Wahl dieses konservativen Präsidenten die Demokratie selbst nicht befördert. Die Unterdrückung der Menschenrechte ist an der Tagesordnung; ob die Abhaltung der Olympischen Spiele in Seoul den erwarteten Erfolg, nämlich die Verbesserung der politischen Situation, gebracht hat, ist mehr als zweifelhaft. Auch in Südkorea hatten die Vereinigten Staaten richtig und erfolgreich interveniert, als sie 1983 die Freilassung des Oppositionsführers Kim Dae Jung aus dem Gefängnis erzwangen, nachdem sie ihn 1980 schon von der Vollstreckung der gegen ihn verhängten Todesstrafe befreit hatten.

Selektive Eingriffe dieser Art können - genauso wenig wie in den Philippinen - kaum als konsequente Intervention zugunsten der Demokratie begriffen werden. Die USA waren - sind - seit vierzig Jahren in Südkorea militärisch präsent; ihre 46.000 Mann dort, ihr nomineller Oberbefehl über die koreanischen und amerikanischen Streitkräfte, gaben ihnen nicht nur eine besondere Verpflichtung, sondern auch besondere Möglichkeiten an die Hand, zugunsten der Menschenrechte und der Demokratie auf Seoul einzuwirken.(86) Ihre faktische Allianz mit den südkoreanischen Diktatoren von Syngman Rhee bis Chun Doo Hwan hat den Amerikanern auch das Mißtrauen der neuen Generationen in Südkorea eingebracht, deren neuer Anti-Amerikanismus sich sehr leicht mit dem aus dem Ressentiment gespeisten der Älteren verbindet. Aufgrund der jahrelangen direkten Präsenz der Vereinigten Staaten hätte Südkorea - wie in noch sehr viel stärkerem Maße die Philippinen - ein Schaufenster der asiatischen Demokratie werden müssen, anstatt, wie es die jährlichen Berichte des Außenministeriums über den Stand der Menschenrechte ausweisen, auch unter dem neuen Präsidenten zahlreiche Verstöße dagegen aufzuweisen. Wenn die Vereinigten Staaten im Zeichen eines neuen Regionalismus ihre Truppen aus Südkorea ab-



ziehen, (87) hinterlassen sie ein Land, das reich und selbstbewußt, aber nicht demokratisch und nicht unbedingt pro-amerikanisch ist. Mit den Truppen wird auch der Anker des amerikanischen Einflusses eingezogen, für den in der politischen Landschaft Südkoreas kein fester Grund gesucht und gefunden worden ist. Mit der Begegnung zwischen Gorbatschow und Woo im Juli 1990 in Kalifornien hat eine neue Phase der südkoreanischen Außenpolitik begonnen.

In Taiwan ist mit dem Tod von Präsident Chiang Ching-kuo am 13. Januar 1988 und mit der Wahl seines Nachfolgers Lee, des ersten Taiwaners, eine neue Generation ans Ruder gekommen und eine neue Orientierung. Die Wahlen vom 2. Dezember 1989 fanden in einem Klima statt, das schon Spurenelemente der Demokratie und der Liberalisierung aufwies, brachten aber keine ernsthafte Verschiebung in der Machtstruktur. Nach wie vor herrscht die Nationalist Party. (88) Sie hat aber unter Lee ein großes Maß an politischer Flexibilität an den Tag gelegt. Aufbauend auf der großen ökonomischen Stärke der Insel, die ihr 1989 Exporte im Wert von 66,2 Mrd. USD und gegenüber den Vereinigten Staaten einen Exportüberschuß von 13 Mrd. USD verschaffte, (89) hat Taiwan in dem delikaten Verhältnis zu China und zu den Vereinigten Staaten die klassische Formel: "ein China - zwei Regierungen" immer mehr in Richtung künftiger Eigenständigkeit und Unabhängigkeit interpretiert.

Obwohl die Vereinigten Staaten keine Truppen in Taiwan und seit dem Bruch von 1979 auch keine offiziellen diplomatischen Beziehungen zu der Insel unterhalten, sind sie ihr eng verbunden. Aber auch hier haben sie es in den vergangenen fünfundvierzig Jahren nicht fertiggebracht, ihren Vorstellungen von Demokratisierung und Liberalisierung auch nur annähernd Zugang zu verschaffen. Noch heute würde jeder starke Druck auf die Nationalist Party zugunsten weiterer Reformen zu einer Konfrontation zwischen Taiwan und den Vereinigten Staaten führen, unter der der amerikanische Einfluß litte.

### 5.3. China, Indien und Indonesien

Wenn es den USA schon bei ihren Alliierten nicht gelang, eine Beziehung aufzubauen, die nicht mehr auf dem Konsens im Antikommunismus, nicht mehr auf dem Kontakt zu den Eliten des Kalten Krieges und nicht mehr auf der amerikanischen Hegemonie beruhte, sondern sich auf die Homogenität der gesellschaftlich-herrschaftlichen Strukturen und auf die Komplementarität der darauf aufbauenden politischen Interessen berufen konnte, so fällt die entsprechende Bilanz gegenüber den anderen Staaten des asiatisch-pazifischen Raumes noch dürftiger aus. Die blutige Zerschlagung des Studentenaufstandes in China im Sommer 1989 zeigt ganz deutlich, daß der Ein-



fluß der USA in Beijing marginal ist, wenn es um die Reform des Herrschaftssystem geht. Die Versuche Präsident Bushs, gegen den Wunsch des amerikanischen Kongresses und der Öffentlichkeit durch die Entsendung hochrangiger Regierungsvertreter den Kontakt zu China nicht abreißen zu lassen, unterstreicht die Grenzen des amerikanischen Einflusses. Sie hatten sich schon vor dem Massaker an den Studenten auf dem Platz des Himmlischen Friedens verringert, und zwar aufgrund der Wiederannäherung zwischen der Sowjetunion und China.(90) Sie setzte sich im Frühjahr 1990 mit sehr viel größerem Erfolg fort, als er den Vereinigten Staaten beschieden war. Den USA gelang es erst im Juli 1990, die Ausreise des Dissidenten Fang und seiner Frau, die in der amerikanischen Botschaft in Beijing Asyl gefunden hatten, zu erreichen. Der Preis war die erneute Gewährung der Meistbegünstigung (MFN).

Die zweite asiatische Großmacht, Indien, würde aufgrund ihrer schon weit entwickelten demokratischen Tradition sehr viel bessere Voraussetzungen für eine Kooperation mit den Vereinigten Staaten entgegenbringen; doch sind sie, wie erwähnt, durch die amerikanische Option für Pakistan verschüttet worden. Indien ist arm - sein Pro-Kopf-Einkommen liegt im Durchschnitt unter 500 USD jährlich.(91) Es hat aber eine bedeutende Militärmacht, die sich an der der Volksrepublik Chinas mißt, aber auch gegen Pakistan gerichtet ist. Nachdem sich der amerikanisch-sowjetische Konflikt in Südostasien zurückbildet, tritt die indisch-chinesische Rivalität immer stärker in den Vordergrund, zu deren Beeinflussung sich den Vereinigten Staaten gegenwärtig wenig Ansatzpunkte bieten. In beiden Ländern ist die Erinnerung, von den Vereinigten Staaten im wesentlichen unter dem Gesichtspunkt ihrer Beziehungen zur Sowjetunion behandelt worden zu sein, noch sehr aktiv.

In etwas verkleinertem Maßstab gilt das auch für Indonesien. Mit diesem Land sind die Vereinigten Staaten fest in der Ablehnung des Kommunismus und in der Sorge vor der militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion verbunden. Die militärische Kooperation zwischen Washington und Jakarta klappt reibungslos und geräuschlos. Sie wird vor allem vom indonesischen Verteidigungsministerium betrieben, während das Auswärtige Amt und einige jüngere Politiker dieser Zusammenarbeit etwas reservierter gegenüberstehen. Sie registrieren die Abnahme der sowjetischen Bedrohung und damit auch die der Notwendigkeit der Verteidigung. Sie warten auf ein stärkeres Engagement der Vereinigten Staaten im Bereich breitgefächerter Sicherheit, die sowohl die wirtschaftliche Entwicklung wie auch die politische Stabilität und die Demokratisierung miteinschließt. Insbesondere unter der jungen Generation, der kommenden Elite, macht sich der Wunsch nach einer Verbindung von wirtschaftlicher und politischer Demokratie immer stärker bemerkbar;(92) sie blickt unter diesem Aspekt mit beträchtlichen



Erwartungen auf die Vereinigten Staaten. Deren Einsatz bei der Erlangung der indonesischen Unabhängigkeit gegen die Holländer 1946 ist ebenso unvergessen wie ihre Unterstützung des Systems der New Order, das Präsident Suharto nach dem von China geförderten aber gescheiterten Staatsstreich Sukarnos 1965 errichtete. Unter Präsident Reagan aber haben sich die Vereinigten Staaten aus Indonesien zurückgezogen, haben sie ihre Auslandshilfe so stark verringert, daß sie 1987 nur noch ein Drittel der japanischen ausmachte.(93)

Mag dieser amerikanische Rückzug wegen des Haushaltsdefizits ökonomisch sinnvoll gewesen sein, politisch führte er zu einem beträchtlichen Einflußverlust. Die neue indonesische Elite hat nichts gegen die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Japan einzuwenden, blickt aber nach wie vor auf die Vereinigten Staaten als Helfer im Prozeß der - überfälligen - Demokratisierung und Liberalisierung. Eine Meinungs- und Pressefreiheit gibt es nach wie vor nicht, ebensowenig eine akzeptierte Opposition. Wenn sie sich hier engagierten, könnten die Vereinigten Staaten mehr Einfluß bekommen als sie in den achtziger Jahren hatten. Indonesien ist zwar das ärmste Land im Verband ASEAN, aber es hat riesige Ressourcen und damit große wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten.(94) Als militärische Vormacht der ASEAN bildet es ein Gegengewicht zu Indien. Der aus beiden Leistungen sich speisende Nationalismus, der auf Identifikation wie auf Unabhängigkeit gerichtet ist, wird die Zukunft des Landes auch dann bestimmen, wenn für Präsident Suharto ein Nachfolger gefunden worden ist. Amerikas Einfluß ist in Indonesien hoch willkommen, solange er sich partnerschaftlich präsentiert, die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung des Landes respektiert und dort ansetzt, wo ihn sich die politische und intellektuelle Elite des Landes wünscht: am Fortgang der Demokratisierung.(95)

In ähnlicher Weise gilt diese Formel für die gesamte Inselwelt Ozeaniens, (96) eingeschlossen Papua-Neuguinea. Nirgendwo herrscht mehr die automatische Identifizierung mit den von den Vereinigten Staaten vertretenen Werten des Westens, wie sie nach der Befreiung von der japanischen Herrschaft die Regel war. Überall existiert die Bereitschaft zur Kooperation mit den USA, wenn sie nicht-hegemonial angeboten wird. Eine Geste gleichberechtigter Anerkennung durch die Vereinigten Staaten, etwa die Hochrangigkeit eines politischen Besuches, würde in Ozeanien, in Polynesien wie in Melanesien, eine Welle neuen Konsenses erzeugen, damit Einfluß und Zugang schaffen. In dem Maße, in dem auch in diesen Staaten sich die Gesellschaften gegenüber ihren politischen Systemen emanzipieren, wird die Herausstellung gesellschaftlicher Gleichberechtigung, die Herstellung politischer Kontakte mit den entsprechenden Gesellschaften zur Voraussetzung einer zukünftigen, nicht-hegemonialen Weltpolitik.



Ein letztes Beispiel, und diesmal e negativo, bietet Burma. Die Vereinigten Staaten unterstützten hier den "burmesischen Weg zum Sozialismus", der seit 27 Jahren die 40 Millionen Einwohner erbarmungslos unterdrückte und wirtschaftlich ruinierte. Bei dem Aufstand im September 1988 in Rangun erschöß die burmesische Armee doppelt soviel Demonstranten wie die chinesische 1989. Die Führerin der demokratischen Opposition Daw Aung San Suu Kyi kam, wie viele andere Vertreter der Opposition auch, 1989 wieder in Hausarrest. Das Militär herrschte mit brutaler Gewalt.

Die Vereinigten Staaten unterstützten das Regime Ne Win und seines Nachfolgers Maung, weil sie den Kommunismus und den Drogenhandel bekämpften. Eine genaue Analyse aber zeigt, daß beides nicht zutrifft,(97) daß vielmehr das Militär Träger des Drogenhandels ist, an dem sich auch thailändische Offiziere beteiligen, die ein ähnliches Regime in Bangkok errichten wollen, und daß sich - im Gegensatz zu den amerikanischen Annahmen - im burmesischen Bergland eine demokratische Opposition, die "Democratic Alliance of Burma" (DAB) gebildet hat, die zusammen mit der National League for Democracy von Frau Daw Aug San die Regierung in Rangun bekämpfen, das Land re-demokratisieren und zu diesem Zweck mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeiten will. Statt den Diktator Saw Maung zu unterstützen und ihm Waffen zu liefern, mit denen er angeblich den Drogenhandel, praktisch aber diese demokratische Opposition bekämpft, müßten die Vereinigten Staaten mit ihr zusammenarbeiten, um sie zu stärken, ihre Legitimitätsbasis zu verbreitern und in dieser Zusammenarbeit auch die Grundlage für die Kooperation nach dem Zeitpunkt zu legen, an dem diese Opposition die Regierung in Rangun übernommen haben wird. Sie hat schon, überraschend, die Wahlen vom Mai 1990 gewonnen, gegen Widerstand und Manipulation seitens des herrschenden Militärs, das den Übergang zu einer zivilen Regierung so lange wie möglich hinauszögern wird. (98) Jetzt wenigstens sollte die amerikanische Politik umschwenken und mit der Unterstützung der demokratischen Gruppen in Burma ein Zeichen für ihr Interesse setzen, die Demokratie und die Freiheit im ganzen asiatisch-pazifischen Raum zu unterstützen. Der Nutzen für die erklärte Politik der USA im asiatisch-pazifischen Raum, nämlich die Demokratie und den Frieden zu stärken, wäre entsprechend groß.



## 6. Die neuen Prioritäten: Wohlstand, Entwicklung und Sicherheit

Die Dilemmata und Antinomien, denen - ebenso wie den neuen Möglichkeiten - die Vereinigten Staaten im asiatisch-pazifischen Raum der neunziger Jahre begegnen, sind nicht erst zu diesem Zeitpunkt entstanden. Es gab sie schon vorher, doch waren sie überdeckt durch den egalisierenden Gegensatz zu der Sowjetunion, der jede differenzierende Analyse, jeden diese Konfliktperspektive beeinträchtigenden Teilkonflikt ausblendete. Nachdem diese Auseinandersetzung zwar nicht vorüber, aber in ihrer Relevanz stark eingedämmt worden ist, zeigt der pazifisch-asiatische Raum, je näher die USA an das Detail rücken, das Bild eines Mosaiks, das in seinem Gesamteindruck durchaus verändert werden kann, wenn man die Position einzelner Steine ändert. Möglichkeit und Notwendigkeit sind jetzt, nach 40 Jahren geopolitischer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, gegeben. Die regionalen Konflikte gewinnen an Relevanz, und sie gewinnen, wie der zwischen Pakistan und Indien um Kaschmir, möglicherweise auch an Schärfe, weil auf beiden Seiten Nuklearwaffen zu vermuten sind.

Die polyarchische Welt wird eben auch multipolar sein, wird weitere Konfliktherde ausbilden, die von der Auseinandersetzung der Supermächte unabhängig und lediglich in regionalen Positionsdifferenzen begründet sind. Die Vereinigten Staaten sind in diesen Konflikten nicht direkt und nicht automatisch involviert, müssen aber, wollen sie weiterhin als Supermacht regieren, an ihrer Entschärfung interessiert sein und daran mitarbeiten. Die neue Konzeption von Führung verlangt von ihnen, daß sie frühzeitig sich einschalten und durch das Angebot gleichberechtigter Kooperation und Hilfe den Austrag der Konflikte in das Spektrum der Gewaltlosigkeit zu transformieren suchen. Eine entschlossenerere Politik der Nichtverbreitung von Atomwaffen,(99) die mit einer Reihe von START-Verträgen das Beispiel und die Voraussetzung dafür bietet, gehört zu diesem neuen Führungsstil ebenso wie eine Politik der stetigen konventionellen, auch maritimen Abrüstung.

Amerikas militärische Stärke soll dabei nicht unter das Niveau sinken, das zur Aufrechterhaltung und Stärkung der regionalen Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum erforderlich ist und von den Anrainerstaaten auch gewünscht wird. Aber sie kann durchaus jenes überhöhte Niveau verlassen, das ihr in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion aufgezwungen und durch die Rüstungspolitik der Reagan-Administration auferlegt worden ist. Die Steuerungsmechanismen einer Führungs- und Einflußpolitik der Zukunft werden, bei zunehmender Demokratisierung und sich verstärkendem Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung, weniger militärisch als vielmehr wirtschaftlich und politisch sein müssen.



Darin liegt für die Vereinigten Staaten keine Einschränkung, sondern eine Herausforderung. Sie waren - und sind - sicherlich die stärkste Militärmacht der Welt. Sie waren aber immer, sind es noch, und könnten es in sehr viel stärkerem Maße sein: diejenige Macht, die den wirtschaftlichen Wohlstand als Voraussetzung für die Entfaltung des Individuums und die demokratische Partizipation als Voraussetzung für die Selbstbestimmung in hervorragender - wenn auch gegenwärtig keineswegs mehr optimaler - Weise verwirklicht hat. Auf diese Vorbildleistung hat die Welt, auch die des asiatisch-pazifischen Raumes, immer geblickt. Auf ihr und auf den aus ihr abzuleitenden Strategien beruht die Führungschance der Vereinigten Staaten in den neunziger Jahren.



## Anmerkungen

- \* Der Aufsatz faßt die Ergebnisse einer Forschungsreise in das Gebiet des Nordpazifik zusammen, die ich im Sommer 1989 unternommen habe. Sie schließt an meine Studie über die amerikanische Sowjetunionpolitik an, die 1989 unter dem Titel "Machtprobe. Die USA und die Sowjetunion in den achtziger Jahren", im Verlag C.H. Beck, München, erschienen ist. Der Stiftung Volkswagenwerk danke ich für die Genehmigung, Restgelder aus dem mir 1987/88 genehmigten Akademiestipendium, mit dessen Hilfe ich die Monographie abschließen konnte, als Zuschuß zu den Kosten der Forschungsreise 1989 zu verwenden. Mein besonderer Dank gilt den 32 Gesprächspartnern im nordpazifischen Raum, die mir ihre Zeit sowohl wie ihr Wissen freundlicherweise zur Verfügung gestellt haben. Ihren verständlichen Wunsch, nicht genannt zu werden, respektiere ich.
- ( 1) US Department of Defense: Soviet Military Power, Washington 1987, S. 99.
- ( 2) Pazifik Island Monthly, Januar 1988, S. 38-40.
- ( 3) Siehe dazu die Erörterungen von Babbage, Ross: The Future of United States Maritime Strategy in the Pacific. Research School of Pacific Studies, Australian National University, Working Paper No. 158, Canberra 1988.
- ( 4) Abgedruckt Europa-Archiv 44,1, 10.1.1989, S. D34-35.
- ( 5) US Department of Defense: Soviet Military Power, Washington 1989, S.119.
- ( 6) Ebenda, S. 113. Vgl. demgegenüber die noch immer alarmistische Schilderung von Karl Feldmeyer in: FAZ 5. Januar 1989, S. 3.
- ( 7) Siehe dazu H. Kreisberg: Containment's Last Gasp, in: Foreign Policy 75, Sommer 1989, S. 146ff., S. 159.
- ( 8) Vgl. dazu im einzelnen Ernst-Otto Czempel: Machtprobe. Die USA und die Sowjetunion in den achtziger Jahren, München 1989, S. 228ff.
- ( 9) Abgedruckt in Europa-Archiv 41,16, 25.8.1986, S. D457ff.
- (10) International Herald Tribune (IHT) 11.10.1989.

- (11) Ebenda 17.6.1988, S. 1.
- (12) J. Soedjati Djiwandono: Big Powers in South-East Asia, in: The Indonesian Quarterly XVI, 4, 1988, S. 440ff., S. 447.
- (13) Zum Problemkreis vgl. Staffan Burenstam Linder: The Pacific Century: Economic and Political Consequences of Asian Pacific Dynamism, Stanford, Stanford University Press, 1986.
- (14) Czempiel: Machtprobe (Anm. 8), S. 337f. Umfassend zum amerikanisch-neuseeländischen Konflikt: Michael C. Pugh: The ANZUS Crisis, Nuclear Visiting and Deterrence, Cambridge 1989, S. 61ff.
- (15) United States Congress 98/1, Committee on Foreign Affairs, House: United States-Philippines Relations and the New Base and Aid Agreement, Hearings, Washington 1983, Statement Richard L. Armitage, S. 35, Armitage war Assistant Secretary for International Security Affairs.
- (16) Vgl. Sheldon Simon: The Future of Asian-Pacific Collaboration, Lexington, Lexington Books, 1988.
- (17) Das Abkommen ist abgedruckt in: The Diplomats' Review, Manila I, 1, 15.1.1989, S. 12ff.
- (18) Die langjährige amerikanisch-philippinische Diskussion um die Basen wird beschrieben von Emmanuel Pelaez: The Military Bases in the Philippines: The Past and the Future, Philippine Council for Foreign Relations, Occasional Paper No. 1, Januar 1986, S. 1-40.
- (19) Congressional Quarterly 22.10.1988, S. 3051.
- (20) United States Congress 101/1, Committee on Foreign Relations, Senate: Major Issues of U.S. Policy in East Asia, A Staff Report, S. PRT 101-21, Washington 1989, S. 4.
- (21) IHT 13.6.1989.
- (22) Jorge L. Coquia: Foreign Military Bases and the 1987 Constitution, in: Foreign Relations Journal, Manila III, 2, August 1988, S. 50ff., S. 62, S. 65.
- (23) IHT 28.9.1989.



- (24) The Diplomats' Review I, 3, 16.3.1989, S. 33.
- (25) Narciso G. Reyes: For a Second Declaration of Independence, in: Foreign Relations Journal III, 2, August 1988, S. 33ff.
- (26) Manila Bulletin 19.7.1989, S. 1.
- (27) Manglapus-Shultz-Memorandum (Anm. 17), Abs. VI, S. 13.
- (28) United States Congress 100/2, Committee on Foreign Relations, Senate: The United States-Philippine Relationship in the Next Administration and Beyond. Report by the Congressional Research Service, S. Prt. 100-128, S. 87.
- (29) IHT 22.2.1990, S. 1.
- (30) Die Erklärung vom 27.11.1971 ist abgedruckt in: Europa-Archiv 27, 6, 1972, S. D.
- (31) Siehe die Stellungnahme von Minister Ng Dock Too, in: The Straits - Times 12.8.1989, S. 1.
- (32) IHT 19.9.1989.
- (33) Larry A. Nicksch: Japan-U.S. Relations in the 1990s, Congressional Research Service, Washington 7.4.1989, S. 8.
- (34) Glenn D. Hook: The Erosion of Entire Militaristic Principles in Contemporary Japan, in: Journal of Peace Research 25, 4, 1988, S. 386.
- (35) Japan Times 25.7.1989.
- (36) Zu den Rechtskonstruktionen, unter denen die Vereinigten Staaten ihre mikronesischen Treuhandgebiete in die relative Unabhängigkeit übergeführt haben, vgl. Friedrich von Krosigk: Das amerikanische Dilemma in Mikronesien: Dekolonisierungspolitik einer antikolonialen Supermacht, in: Wilfried Wagner (Hg.): Strukturwandel im pazifischen Raum, Bremen 1988, S. 47ff., S. 68ff.
- (37) FAZ 4.12.1987, S. 6.
- (38) Siehe die Dokumentation in: United States Congress 100/2, Committee on Energy and Natural Resources, Senate: Compact of Free Association, Hearing, Washington 1988, S. 74ff., S. 87f.

- (39) Ebenda, S. 24ff.
- (40) Robert G. Sutter: Australia-U.S. Relations: A Briefing Paper, Congressional Research Service, Washington 28.10.1987, S. 7.
- (41) Ebenda, S. 9.
- (42) IHT 16.11.1989, S. 6.
- (43) Zu den bereits bestehenden amerikanischen Einrichtungen in Australien vgl. Desmond Ball: A Suitable Piece of Real Estate: American Installations in Australia, Sydney 1980.
- (44) Robert G. Sutter: Australia, New Zealand and the Pacific Islands: Issues for U.S. Policy, Congressional Research Service, Washington Issue Brief 24.3.1988, S. 5.
- (45) IHT 15./16.10.1983.
- (46) Dazu Pugh (Anm. 14), passim.
- (47) Henry A. Kissinger: Memoiren 1968-1973, München 1979, S. 813.
- (48) Robert G. Sutter: Chinese Foreign Policy in Asia and the Sino-Soviet Summit: Background, Prospects and Implications for U.S. Policy, Congressionall Research Service, Washington 15.5.1989, passim. Ferner Rajan Menon: New Thinking and Northeast Asian Security, in: Problems of Communism, März-Juni 1989, S. 1ff., S. 10f.
- (49) Statement des stellvertretenden Außenministers Lawrence S. Eagleburger vor dem Auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses am 8.2.1990, mimeo, S. 19.
- (50) Zu den Implikationen und Folgen der Wirtschaftssanktionen vgl. Glennon J. Harrison et al.: China Sanctions: Some Possible Effects, Congressional Research Service, Washington, 24.7.1989.
- (51) Dazu Doug Bandow: Leaving Korea, in: Foreign Policy 77, Winter 1989-90, S. 77ff.
- (52) Nayan Chanda: Civil War in Cambodea?, in: Foreign Policy 76, Herbst 1989, S. 41.
- (53) IHT 25.10.1989.



- (54) Dazu S. Paribatra: Into the Third Decade: ASEAN and Issues of Peace and Security in Southeast Asia, in: The Indonesian Quarterly XVII, 1, 1989, S. 29ff., S. 36.
- (55) Der indonesische Außenminister Ali Alatas, zitiert in: IHT 1.6.1989.
- (56) So die Ausgabe 1990 des Human Rights-Report des Department of State, zitiert nach IHT 6.3.1990. Zur Lage in Kambodscha vor der Wende der amerikanischen Politik vgl. Peter Schier: Kambodscha zwischen Krieg und Frieden, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 32/90, 3.8.1990, S. 32ff.
- (57) Dazu Winston Lord: China's Big Chill, in: Foreign Affairs 68, 4, Herbst 1989, S. 1ff.
- (58) Dick K. Nanto (coordinator): Japan-U.S. Economic Issues: Investment, Saving, Technology and Attitudes, A Japan Task Force Report, CRS 90-78 E, 2.2.1990, S. 18.
- (59) William H. Cooper: U.S. Trade Policy Towards Japan: Where do we go from here?, CRS 89-307 E, 8.5.1989, S. 1ff.
- (60) Siehe z.B. das Interview mit dem Premierminister von Singapur Lee Kuan Yew, in: The Sunday Times, Australien, 16.7. 1989, S. 25.
- (61) IHT 3.5.1989.
- (62) Bruce Stokes: New Rivals in Asia, in: National Journal 9.5.1987, S. 1118.
- (63) IHT 15.12.1989, S. 16.
- (64) Ebenda 25.-26.2.1989, 5.1.1990.
- (65) Ebenda 10.11.1989.
- (66) Manila Bulletin 17.7.1989, IHT 20.7.1989.
- (67) Foundation for Advanced Information and Research, Japan: Pacific Aid Initiative. A Proposal for Japanese Assistance to Pacific Island Nations, Tokio, April 1988. Vgl. dazu auch St. Hoadley: Japans Interessen im Südpazifik, in: Europa-Archiv 44, 24, 25.12.1989, S. 757.
- (68) Larry A. Nicksch: Japan-U.S. Relations in the 1990s, CRS 89-264 F, 7.4.1989.

- (69) Außenminister James Baker: A New Pacific Partnership: Framework for the Future. Department of State Press Release No. 123, 26.6.1989.
- (70) Siehe die Rede der Vorsitzenden des Auswärtigen Senatsausschusses der Philippinen Leticia Ramos Shahani am 21.10. 1988 vor dem Senat der Philippinen, in: The Diplomats Review 15.12.1989, S. 19ff.
- (71) Dick K. Nanto: Pacific Rim Economic Cooperation, CRS 89-472 E, 3.8.1989, S. 17ff., S. 31f.
- (72) Ebenda, S. 27.
- (73) FAZ 6.11.1989, S. 18, Erhard Haubold: Stabwechsel in Singapur: Historische Blüte, Geburtendefizit, politische Spannung; FAZ 14.11.1989, S. 16, Klaus Frankenberger: Auftakt zum politischen Zeitalter. Das Treffen der zwölf Anrainerstaaten des Pazifiks in Canberra.
- (74) CRS (Anm. 71), S. 7.
- (75) IHT 28./29.4.1990, S. 19.
- (76) Dazu Dick K. Nanto (Anm. 58), passim.
- (77) United States Congress 101/2, Joint Economic Committee: The 1990 Joint Economic Report, Washington 1990, S. 75.
- (78) Ebenda, S. 77.
- (79) Dazu David P. Calleo: The Imperious Economy, Cambridge, Mass., 1982.
- (80) Mike Mansfield: The U.S. and Japan: Sharing our Destinies, in: Foreign Affairs 68, 4, Frühjahr 1989, S. 3ff.
- (81) Pacific Daily News (Guam), Special Supplement, 21.7.1989, S. 19Aff.
- (82) Pacific Sunday News (Guam) 23.7.1989, S. 4C.
- (83) The Fiji Times 26.8.1988, S. 14.
- (84) IHT 11./12.6.1988, S. 5. FAZ 5.7.1989, S. 5.



- (85) Stephen J. Solarz, South Korea: The Democratic Outcome Stands, in: IHT 5.1.1988.
- (86) Zu den strategischen Einzelheiten einer solchen Strategie vgl. Selig S. Harrison: A Divided Seoul, in: Foreign Policy 67, Sommer 1987, S. 171ff.
- (87) Zu dieser Perspektive Doug Bandow: Leaving Korea, in: Foreign Policy 77, Winter 1989/90, S. 77ff.
- (88) Robert G. Sutter: Taiwan's Elections: Implications for Taiwan's Development and U.S. Interests, CRS, Washington 1989, passim.
- (89) IHT 6./7.7.1990.
- (90) Vgl. den Beitrag des früheren amerikanischen Botschafters in China Arthur W. Hummel, Jr.: Why Gorbachev plus Deng Doesn't Equal Trouble, in: IHT 16.5.1989, S. 6.
- (91) IHT 4.10.1989.
- (92) Vgl. das Interview von Professor Juwonso Sudarsono, Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität von Indonesien, in: Observer, Djakarta, 7.8.1989.
- (93) Donald K. Emmerson: Invisible Indonesia, in: Foreign Affairs 66, 2, Winter 1987/88, S. 368ff.
- (94) Ebenda, S. 387.
- (95) Ebenda.
- (96) Dazu Czempiel (Anm. 8), S. 335ff.
- (97) William H. Overholt: Burma: The Wrong Enemy, in: Foreign Policy 77, Winter 1989/90, S. 172ff. Günter Siemers: Myanmar (Birma) auf dem Wege zur Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 32, 3.8. 1990, S. 36ff.
- (98) IHT 30.5.1990.
- (99) Peter Lomas und Harald Müller (Eds.): Western Europe and the Future of the Nuclear Non-Proliferation Treaty, Brüssel und Frankfurt 1989.